

Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des D. M. V., Berlin Nr. 138 262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in die Reichspostzeitungliste

Der Betrug

Der Schiedsspruch der drei „Unparteiischen“

Am 8. November hat die neue für den Konflikt in der Berliner Metallindustrie gebildete Schlichtungsstelle folgenden Spruch gefällt:

1. Der zurzeit geltende Lohnsatz bleibt bis 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.
 2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 vH gekürzt.
 3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 5 vH für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 vH für alle übrigen Gruppen.
 4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.
- Dr. Brauns, Dr. Jarres, Professor Dr. Sinzheimer.

Die Begründung:

Die Berliner Metallindustrie befindet sich ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland auf drei Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Daß diese Krise auch weltwirtschaftlichen Charakter hat, befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Not nicht steigt, und alles zu tun, was eine Besserung erwarten läßt. Dazu bedarf es wirksamer Preissenkungen auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite her geschehen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Gesteungskosten, daß an ihm nicht vorübergegangen werden kann. Von einer Lohnsenkung kann allerdings eine wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gesenkt wird.

Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Beziehung der Entwicklung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden sollte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indes an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung. Wenn gleichwohl die Schlichter in vorliegendem Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedsspruch für unvermeidlich hielten, so geschah das in Kenntnis gewisser, bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise der gewerblichen Produkte sowohl wie auch der Lebensmittel von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. Dabei kommt es also darauf an, daß diese Preissenkung sich bis zum letzten Konsumenten durchsetzt. In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, daß eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt sei und weitere Senkungen bevorstehen.

Was das Ausmaß der Lohnsenkung anbetrifft, so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auswirken beginnt und der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abweichung haben sich die Schlichter Inhalt und Begründung des ersten Schiedsspruches zu eigen gemacht.

Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedsspruches schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der oben dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

Die Schlichter waren bei der Gestaltung an den Inhalt des noch laufenden Manteltarifvertrages, in den ohne feststehende Einwilligung der Tarifvertragsparteien ein Eingriff nach einer bekannten Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes im Eisenkonflikt Nordwest 1928 nicht möglich ist, gebunden. Aus diesem Grunde mußte es bei der im Manteltarif geregelten Festsetzung der Mindestlöhne der Arbeiterinnen über 18 Jahre sein Bewenden behalten. Aus dem gleichen Grunde konnte auch die Frage der Arbeitszeit in diesem Verfahren nicht behandelt werden.

Vor zwei Wochen teilten wir an dieser Stelle mit, daß in dem Berliner Metallkonflikt eine neue Schlichtungsstelle aus drei Unparteiischen gebildet werde und daß deren Spruch binnen einer Woche zu fallen und endgültig sei. Der Schlichtungsstelle gehörten als Vorsitzender der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, als Unternehmervertreter der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres und als Vertreter der Arbeiter Professor Sinzheimer an. Sie fällten am 8. November ihren Spruch. Er enthält, wie weiter oben nachzulesen ist, vom 17. November an eine Lohnkürzung um 3 vH, vom 19. Januar 1931 eine weitere Kürzung um 3 vH für alle Jugendlichen unter 18 Jahren und 5 vH für alle anderen Jugendlichen. Das heißt, die „unparteiische“ Schlichtungsstelle diktiert der überwältigenden Mehrzahl der Berliner Metallarbeiter einen Lohnabzug von 8 vH zwar nicht gleich, wohl aber von der dritten Woche des nächsten Jahres an.

So hätten denn die Unternehmer und ihr Reichsarbeitsminister Stegerwald schließlich doch erreicht, was sie wollten. Dieser hatte seinen Sonderschlichter bekanntlich einen Lohnabzug von 8 vH aussprechen lassen. Der Minister wollte den Spruch für verbindlich erklären und die Unternehmer bestanden auf die Verbindlicherklärung. Es

ist dazu nicht gekommen, weil die Mehrheit des Reichstages sich in einem Beschluß dagegen wandte und weil die Berliner Metallarbeiter dagegen einmütig die Arbeit niederlegten. Daraufhin setzten erneut Verhandlungen ein, woran sich zuweilen der Reichskanzler beteiligte.

Bei den langwierigen Verhandlungen wurde von der Regierungsseite geflissentlich der Eindruck erweckt, daß sie nicht daran denke, an dem alten Spruch oder seinen Lohnabzug von 8 vH festzuhalten, sondern daß mit der Antastung der Arbeiterlöhne zumindestens bis zum Anfang des nächsten Jahres, bis sich die Wirkung der Preissenkungsaktion zeige, gewartet werden solle. Dann erst, wenn die Preise gesenkt seien, so daß der Reallohn der gleiche bleibe, werde man zu der Kürzung der Tariflöhne Stellung nehmen. Diese Meinung ließ die Regierungsseite immer wieder durchblicken. Jedenfalls konnte man von ihr den Eindruck bekommen, daß eine neue Entscheidung in dem Metallkonflikt den Arbeitern günstiger sei als die alte. Dieser bestimmte Eindruck veranlaßte die Arbeitervertreter schließlich, der Einsetzung einer neuen unparteiischen Schlichtungsstelle und der Endgültigkeit ihres Spruchs zuzustimmen, zumal auch ein bedenklicher Wandel in der Kampf Stimmung der ausständigen Metallarbeiter sichtbar wurde, den eine gewissenhafte gewerkschaftliche Leitung nicht außer acht lassen durfte. Natürlich war auf der Arbeiterseite auch die Erinnerung an dieses Regierungskreises Missetaten gegen die Arbeiterschaft wach. Insonderheit erinnerte man sich daran, daß es der Arbeitsminister dieser Regierung ist, der durch den Oeynhausener Schiedsspruch den Lohnraub eingeleitet und dadurch das Unternehmertum erst eigentlich zu Lohnraub kräftig ermuntert hat. Dem stand jetzt nun freilich die Tatsache entgegen, daß sich der Reichstag gegen den alten Schiedsspruch erklärt hatte und die ganze Berliner Metallarbeiterschaft dagegen streckte. Daß so gewichtige Umstände geeignet seien, die Regierungsseite zu bestimmen, bei ihrer ausgesprochenen Meinung zu bleiben, und daß diese Umstände auch die drei unparteiischen Schlichter beherzigen würden, das glaubte die Arbeiterseite sicher annehmen zu dürfen.

Allein, diese Annahme hat sich als falsch erwiesen. Die Entscheidung der drei Unparteiischen unterscheidet sich von der des Sonderschlichters nur insofern, als sie die Kürzung der vollen 8 vH ein paar Wochen hinauschiebt. Etwas später zwar, aber sicher, wird von den Unparteiischen den metallindustriellen Millionären von dem Inhalt der Lohnhöhe der Arbeiter ein erheblicher Teil zugeschant.

Beim Lesen dieses Spruches der drei Unparteiischen stockte einem der Atem: Ein solcher Betrug ist noch nicht dagewesen. Die an den Verhandlungen beteiligten Gewerkschafter empfinden den Spruch als eine Täuschung des Vertrauens, die Berliner Metallarbeiter als einen gemeinen Raub, und die gesamte deutsche Arbeiterschaft als einen unerhörten Anschlag auf die Lohnhöhe. Die Empörung der Arbeiterklasse läßt sich schlecht beschreiben. Die Wut über die Jesuiten von Politikern und die Hyänen von Ausbeutern kommt in drastischen Worten zum Ausdruck. Und in allen Kreisen der Arbeiter das von Zorn durchglühte Gelöbnis, diesen namenlosen Betrug geziemend heimzuzahlen.

Den Stimmen, die vor den Zentrumspolitikern warnten, ihnen nicht über den Weg zu trauen, wird nun wohl niemand mehr zu widersprechen wagen. Denn daß sie über den Vorsitzenden der Schlichtungsstelle, über den Dr. Brauns hinweg, an dem lohnklauenden Spruch mitgewirkt haben, kann als ausgemacht gelten. Über den andern Unparteiischen, dem Versackungspolitiker Jarres, wird sich kein Mensch wundern. Er hat sich als Unternehmervertreter in seiner Kunst geübt. Er hat als Unparteiischer nach bestem Wissen und Gewissen für die entschieden, die ihn beauftragt haben. Er kann sogar: Unser täglich Brot gib uns heute! lispeln, ohne als Heuchler zu gelten, denn bei dem „unser“ denkt er an sich und seine Artgenossen. Was aber als eine platte Unbegreiflichkeit angesehen wird, ist, daß dieser lohnräuberische Spruch einstimmig gefällt worden ist, das heißt, daß er selbst die Zustimmung des Arbeitervertreters, Professor Sinzheimer, gefunden hat. Er hat in einer öffentlichen Erklärung seine Haltung zu rechtfertigen versucht. Er sagt darin, daß er, der grundsätzliche Gegner von Lohnkürzung, dem Spruch nur zugestimmt habe, um einen schlimmeren zu verhüten: er habe mit seiner Zustimmung wenigstens bewirkt, daß der Lohnabzug von 8 vH nicht gleich, sondern erst im Januar eintrete. Diese Begründung mag einem guten Menschenherzen genügen, aber nicht einem Gewerkschafter, der von der Haltung und Weitsicht eines Arbeitervertreters denn doch eine andere Stellungnahme erwartet. Selbst wenn man die menschlichen Beweggründe Sinzheimers übertoll bewertet,

kann man nicht umhin, zu betonen, daß er dem Lohnraub nicht hätte zustimmen dürfen; er hätte den beiden „Unparteiischen“ durch Zuwendung seiner Hinterseite die Verantwortung allein überlassen müssen. Daß das unerlässlich war, läßt sich schon an dem heulenden Frohlocken der Unternehmerpresse über die Einstimmigkeit des Spruches ermessen.

Aber die Erklärung Sinzheimers besagt der großen Öffentlichkeit noch etwas anderes, nämlich, daß die zwei andern Schiedsrichter zu einem noch schlechteren Schiedsspruch bereit waren. Somit waren beide, Dr. Brauns und Dr. Jarres, entschlossen, den ganzen Lohnabzug sofort eintreten zu lassen. Eine Überraschung dürfte das nur für diejenigen sein, die sich von der Gösch in der Fahne des Zentrums, von dem Wehrauchkessel, benebeln ließen. Vielleicht werden auch sie nun von ihrer Schwäche geheilt. Immerhin verdient die Absicht dieser beiden Unparteiischen festgehalten zu werden, wenn zu nichts andern, dann zum Hausgebrauch der christlichen Proletarier.

Erregt der Inhalt des Schiedsspruches den Zorn, dann seine Begründung die Lachmuskeln: „Von einer Lohnsenkung kann allerdings eine Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gesenkt wird“ — darum kürzen diese unparteiischen Weisen das Einkommen, die Kaufkraft von 150 000 Menschen. — „Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zu der Entwicklung der Preise gebracht werden sollte“ — sie haben es aber nur erwogen, die Schläulinge. — „Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedsspruch über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat“ — aber er soll nicht schematisch auf andre Fälle übertragen werden. Man denke nur: er soll es nicht! — nachdem man durch den Lohnraub in Berlin den Unternehmern, dem Reichsarbeitsminister und den Schlichtern frischen Mut und stärksten Anstoß dazu gegeben hat. In der Tat werden schon von allen Seiten Forderungen der Unternehmer auf Lohnkürzung gestellt wie in Berlin, und die Schlichter beeilen sich, es den drei Unparteiischen gleichzutun.

Die große Verantwortliche für diesen unerhörten und durch nichts zu rechtfertigenden Lohnraub sucht mit allen Schlichen und dem Wehrauchkessel die Empörung der hungernden Massen von ihrer Missetat abzulenken, indem sie wild in Preissenkung macht. Und die ganze bürgerliche Presse scheint für den Zweck der Regierung geheuert zu sein. Alle ihre Seiten sind tagtäglich von Preissenkungsberichten gefüllt. Wenn man genauer hinsieht, findet man die ganze Hohlheit dieser Stimmungsmache. Von Preissenkung kann erst dann die Rede sein, wenn die Lebenshaltung der Masse um 8 vH billiger geworden, der vollzogene und erstrebte Lohnraub mindestens ausgeglichen ist. Daß wir das unter dieser Regierung erleben werden, verlangt überirdische Glaubensstärke. Die Lohnhöhe der Arbeiter zu rauben, dazu reicht der Wille oder die Macht dieser Regierung, aber nicht zur Verminderung des Profits der industriellen, Wucherer und Händler.

Welche Lehren sich aus dem Berliner Konflikt und seinen Folgen für die Arbeiter ergeben, braucht ihnen heute wohl nicht noch lang und breit vorgetragen zu werden. Überdies hat es der Erweiterte Beirat unseres Verbandes in seiner jüngsten Sitzung, deren Bericht auf der übernächsten Seite zu finden ist, seine Auffassung zu dem Stande der Dinge deutlich ausgedrückt, so daß wir uns hier weitere Worte sparen können. Immerhin sei das eine noch gesagt: Wenn die Unternehmer und ihre Regierung meinen, daß für sie das Spiel um den Lohn der Arbeiterschaft mit dem Betrug vom 8. November schon halb gewonnen sei, dann täuschen sie sich gewaltig. Sie werden die Metallarbeiter und sicherlich jede andre Gewerkschaft mehr als je entschlossen finden, ihnen aufzuspielen, wenn sie einen neuen Tanz wagen sollten. Die Empörung der Arbeitermassen wird noch mehr steigen. Die Folgen haben die zu tragen, die den schamlosen Betrug angestiftet, gefördert und vollzogen haben und weiterführen wollen.

Aus dem Inhalt

Der Betrug	Seite 369
Der Protest des Vorstandes des ADGB — Die Gewerkschaftspresse zum Schiedsspruch	370
Sitzung des Erweiterten Beirats	371
Wirtschaftliche Haushaltsführung — Der Gobentisch unserer Kinder — Der Weg zur Stele	372
Teufel Reaktion — Menschen oder Tiere	373
Wirt für den Verband! — Unfallschutz in Gießereien — Winterarbeit in den Ortsverwaltungen	374
Krise in der französischen Metallindustrie — Die Arbeitslosigkeit in England — Weltarbeitslosigkeit	375

Der Protest des Vorstandes des ADGB

Die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich gleichfalls mit dem Metallschieds-spruch befaßt. Seine Meinung über das Diktat der „unparteiischen“ Schlichtungsstelle hat er in folgender Entschlußfassung zusammengefaßt:

Der Bundesvorstand erblickt in dem neuen Schieds-spruch für die Berliner Metallindustrie das Ergebnis der falschen und in ihren praktischen Folgen verderblichen Auffassung, daß die Senkung der Löhne einen Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrisis und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit darstellt.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung haben die Gewerkschaften stets die Meinung vertreten, daß eine durch Lohnkürzung bewirkte Schmälerung der Kaufkraft breiter Schichten der Bevölkerung den Absatz vermindern, die Krisis verschärfen, die Arbeitslosigkeit vermehren muß. Diesen Standpunkt, der von geachteten Kreisen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft geteilt wird, hält der Bundesvorstand aufrecht.

Wie der Bundesausschuß, ausgehend von dieser Erkenntnis, in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1930 gegen die Verbindlichkeitserklärung des ursprünglichen Schieds-spruches Verwahrung eingelegt hat, so erhebt der Bundesvorstand entschieden Protest gegen die Wiederherstellung dieses von den Berliner Metallarbeitern bekämpften, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung und von einem großen Teil der öffentlichen Meinung abgelehnten Schieds-spruches durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes vom 8. November.

Gegen das Schiedsgericht richtet der Bundesvorstand den Vorwurf, daß es die Interessen der Arbeiterschaft, die Forderungen der Gewerkschaften und die Stimme der öffentlichen Meinung unbeachtet gelassen und bei seiner Entscheidung

einseitig dem Einfluß der Unternehmerinteressen nachgegeben hat.

Der Bundesvorstand kann auch nicht anerkennen, daß die den Berliner Metallarbeitern auferlegte erhebliche Lohnkürzung eine Rechtfertigung in der von der Regierung geführten Aktion zur Senkung der Preise findet. Er ist vielmehr der Ansicht, daß die bisher erfolgten und in Aussicht gestellten Preissenkungen als Ausgleich für die Lohnkürzung völlig belanglos sind. Zwischen der Rücksichtslosigkeit, mit der die regierenden Kreise den Lohnabbau betreiben, und dem geringen Einfluß, den sie auf die Gestaltung der Preise ausüben vermögen, besteht ein Mißverhältnis, das aufreißend wirken muß. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, von der Arbeiterschaft schwere Opfer zu fordern in einem Augenblick, in dem wirtschaftlich leistungsfähigere Kreise die Scheu, zur Förderung des Gemeinwohles Opfer auf sich zu nehmen, unverhüllt erkennen lassen.

Der Schieds-spruch hat die nachteiligen Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei künftigen Arbeitskonflikten. Er erhöht das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den unparteiischen Charakter des Schlichtungswesens, verschärft die Gegensätze in kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden, und erschwert ihre Beilegung durch das Mittel der Schlichtung. Den Arbeitern muß der Schieds-spruch vor allem zeigen, daß

ihre Stärke in ihrer Geschlossenheit

beruht. Der Bundesvorstand erinnert die Arbeiter daran, daß es keinen anderen Weg gibt, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, als einig zu sein, jede Zersplitterung abzuwehren und ihre ganze Kraft für die Festigung ihrer Organisation einzusetzen.

Deutscher Weizen Zoll 230% über dem Weltmarktpreis

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung neue überaus scharfe Zollerhöhungen beschlossen. Mit Wirkung vom 26. Oktober beträgt der Weizen Zoll statt gegenwärtig 185 M. künftig 250 M., der Zoll für Braugerste statt 150 M. künftig 200 M. die Tonne. Damit haben sich die deutschen Getreidepreise noch stärker als bisher von der Entwicklung der Weltmarktpreise losgelöst. Der starke Preissturz der Weltweizenpreise setzte im Januar dieses Jahres ein, als umfangreiche Weizenverschiffungen Rußlands sowie die Ausfuhrbemühungen Frankreichs und der Donauländer die Angebotsverhältnisse auf dem Weltmarkt immer mehr ver schlechterten. Sowohl für Brot- wie für Futtergetreide erreichten die Weltmarktpreise in diesem Sommer den tiefsten Stand der Nachkriegszeit, blieben teilweise sogar hinter dem Preisstand der Vorkriegszeit zurück.

Diese Entwicklung wurde mit Hilfe rücksichtsloser Zollerhöhungen vom deutschen Getreidemarkt ferngehalten. Am 10. Juli 1929 wurden die deutschen Zollsätze für Weizen von 50 auf 65 M. die Tonne erhöht, um dann bis Anfang des Jahres 1930 allmählich auf 150 M., dann auf 185 M. bei gleichzeitiger Herabsetzung des Weizenmehlzolls heraufzuklettern. Der gegenwärtige Zollsatz von 250 M. die Tonne bedeutet eine Zollerhöhung auf mehr als 100 vH des augenblicklichen inländischen Getreidepreises und auf über 230 vH des Weltmarktpreises. Den tiefsten Stand zeigten die Weizennotierungen Juni 1930 mit 152 M. die Tonne in Chicago und Budapest. In London betrug der Weizenpreis 170 M., in Warschau 192, in Paris 220 M., in Berlin 300 M. die Tonne, das heißt überall blieben die Weizenpreise sehr erheblich unter den deutschen Preisen.

Die Weizenzollerhöhung der Regierung erscheint um so unzeitgemäß, als sie gerade zu einer Zeit erfolgt, wo die Regierung die Senkung der Warenpreise propagiert und Lohnsenkungen durch ihre amtliche Lohnpolitik anstrebt.

Ford prophezeit einen Tagelohn von 27 Dollar

In einem neuen Buche „Moving Forward“ (Vorwärts gehts) sagt Henry Ford einen Tagelohn von 27 Dollar — für das Jahr 1950 voraus. Das klingt uns Heutigen zu schön, als daß sie es für wahrscheinlich halten könnten. Freilich meint Ford, zwanzig Jahre, wofür er diese Lohnsteigerung meint, seien genügend lang, um sie zur Tatsache zu machen.

Ohne Zweifel sind 27 Dollar eine nette Bezahlung für einen Arbeitstag. Vorderhand wären jedoch die meisten Arbeiter heilfroh, wenn sie 27 Dollar die Woche bekämen. Ja selbst die Höhe des Tagelohnes tritt zurzeit zurück hinter der Frage nach einem Tagelohn oder Verdienstmöglichkeit überhaupt. Millionen Menschen sind arbeitslos und in den unzähligen Untersuchungen ist nirgends dargelegt, wie unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen die unbeschäftigten Millionen wieder zu Beschäftigung und Verdienst kommen können.

Große Teile der Warenerzeugung stehen still, weil die Verbindung zwischen Arbeit und Erzeugung zerrissen ist. Das Verbindungsglied zwischen Arbeit und Erzeugung ist die Lohnfüte. Die Verbindung verschwindet um so eher, je dünner das Verbindungsmittel ist — eben die Lohnfüte. Je dicker die Lohnfüte, desto stärker die Verbindung zwischen Arbeit und Erzeugung oder, richtiger, desto milder die Auswirkung des Zerreißen des Verbindungsmittels. Darin hat Ford zweifellos recht, daß die große Not der Gegenwart, die Arbeitslosigkeit, hintangehalten oder abgeschwächt werden kann durch eine möglichst dicke Lohnfüte.

Aber das ist zurzeit nicht die Hauptsache. Viel wichtiger ist die Frage, wie die Millionen unbeschäftigter Menschen wieder in die Produktion eingeschaltet werden können, um wenigstens erst wieder einmal zwischen den Arbeitslosen und den Warenhaufen eine Verbindung herzustellen. Leider sagt uns auch Ford hierüber nichts. Solange wir hierüber nichts Bestimmtes wissen, nutzt uns auch die schöne Prophezeiung Fords nichts. Selbst wenn eine bestimmte Menge Arbeiter den prophezeiten Tagelohn von 27 Dollar hätten, wäre nicht viel gewonnen, wenn Millionen ohne jeden Verdienst wären.

Das Prophezeien war von jeher ein schlechtes Geschäft, zumal wenn es sich auf einen langen Zeitraum bezieht. Immerhin kann man getrost annehmen, daß in den nächsten zwanzig Jahren sich erheblich viel ändern wird. Womöglich sind bis dahin Ursachen und Urheber der Arbeits- und Verdienstlosigkeit ausgerottet, also noch Nützlicheres erreicht, als Ford prophezeit.

Sozialpolitik für die Millionäre oder für die Arbeiter?

Der Leipziger Professor Dr. Kurt Wiedenfeld hat einmal die deutsche Kartellpolitik mit Sozialpolitik für Millionäre bezeichnet. Sicher ein treffendes Wort. In seiner Schrift „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ kommt Professor M. J. Bonn zu ähnlichen Feststellungen. Auf Seite 47 ff. dieses Buches schreibt er:

„Der Größte der modernen Kapitalisten, Cecil Rhodes, hat seine wirtschaftliche Lebensphilosophie als Theorie des Lösegelds bezeichnet. Er meinte damit, daß die Bereicherung der Kapitalisten nur möglich sei, wenn der einzelne Kapitalist, der viel verdienen wolle, dafür Sorge trage, daß alle seine Mitarbeiter von den Angestellten bis zu den Arbeitern, von den Vertretern bis zu den letzten Abnehmern, im Verhältnis ihrer Bedeutung für das Unternehmen mitverdienen. Der maßgebende deutsche Kapitalismus, insbesondere die schwere Industrie, hat nie mitverdienen lassen wollen. Er hat, meist von technisch durchaus richtigen Organisationsideen besessen, die Ausschließung aller technisch entbehrlichen Zwischenglieder zu erreichen gesucht und damit nicht nur die Reihe der Verdienenden gelichtet, sondern auch die Zahl derer vermindert, die immerlich an seinem Fortbestand ein wohlwollendes Interesse nahmen... Das kapitalistische System kann sich entweder durch hohe Löhne, verhältnismäßig niedrige Preise der Lebensnotwendigkeiten und dauernde Beschäftigung rechtfertigen... Ein Kapitalismus, der nicht von den Mitkapitalisten gestützt wird und dessen Ergebnis hohe Preise sind, kann sich nur halten, wenn hohe Preise bei voller Beschäftigung von hohen Löhnen begleitet sind. Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne soziale Störungen durchzusetzen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten. Sucht man die Löhne, die an den Löhnen anderer Länder gemessen und mit der Vorkriegszeit verglichen, nicht hoch sind, herabzudrücken, um die verlorene Leistungsfähigkeit wieder zu gewinnen, ohne Preise abzubauen oder unrentable Kapitalien auszulösen, so gefährdet man den Kapitalismus... Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die das Recht auf Gewinne anerkennt, setzt damit die Pflicht zu Verlusten voraus. Ein Kapitalismus, der nichts verlieren kann, ist lebensunfähig, weil überflüssig... Wenn der Kapitalismus auf die Dauer nichts verdient und den Übergang zu Verdienstmöglichkeiten über Preisherabsetzungen und rücksichtslose Abschreibungen fürchtet, dann ist er nicht zu halten.“

Die Kennzeichnung des kapitalistischen Systems ist hier so trefflich gelungen, daß es keiner Worte mehr der Ergänzung bedarf. Nicht Sozialpolitik für die Millionäre, das heißt Hochhaltung der Preise und damit der Gewinne, sind heute das Wesentlichste, sondern Schutz und Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, damit sie bei besseren Zeiten wieder desto ergiebiger eingesetzt werden kann.

Die Gewerkschaftspresse zum Schieds-spruch

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat den Kampf der Berliner Metallarbeiter mit außerordentlicher Aufmerksamkeit verfolgt. Die ganze organisierte Arbeiterschaft wußte, daß in der Berliner Metallindustrie um ihren Lohn und gegen alle ihre Unternehmer gerungen wurde. So läßt es nicht wundernehmen, daß die Gewerkschaftspresse sich eingehend mit dem Schieds-spruch der famosen Unparteiischen befaßt.

Der Bekleidungsarbeiter schreibt (in Nr. 46): „Der Metallschieds-spruch war eine schwere Enttäuschung für die Arbeiterschaft. Professor Sinzheimer, Mitglied des Schiedsrichterkollegiums, berichtet über seine Stellungnahme... Mag das die ehrliche Überzeugung Sinzheimers sein, daß mit Mehrheitsbeschluß die volle Auswirkung des Schieds-spruches sofortige Geltung erlangt hätte, wäre der Fanschlag gegen die Arbeiterschaft größer gewesen, als er mit Hilfe Sinzheimers geworden ist? Nein! Hier handelte es sich nicht um juristische, sondern um nackte wirtschaftliche Fragen, die vom Unternehmerstandpunkt aus nur mit Macht durchzusetzen waren... Bedauerlicherweise wird die durch den ungeheuerlichen Schieds-spruch herbeigeführte Niederlage auf das Schuldkonto der Organisation geschoben. Diese Auffassung muß auf das entschiedenste bekämpft werden. Jeder mit den praktischen Dingen eines gewerkschaftlichen Kampfes Vertraute hat mit einer Gänsehaut den Berliner Metallarbeiterstreik verfolgt. Siebzigttausend Unorganisierte drohten jeden Tag und jede Stunde aus der Kampffront zu brechen. Dazu die ungeheuerlichen gewerkschaftsfeindlichen Angriffe der KPD auf die gewerkschaftliche Organisation. Was Wunder, wenn die Streikleitung des Glaubens war, daß ein geschlossener Streikabbruch mit einem noch unbekanntem Schieds-spruch in der Ferne das kleinere Übel sei.“

Der Zimmerer (Nr. 46) drückt seine Meinung folgendermaßen aus: „Vernünftige Wirtschaftspolitiker haben eine derartige Entscheidung nicht erwartet. Im Effekt wirkt sich diese Entscheidung genau so aus wie der Schieds-spruch des außerordentlichen amtlichen Schlichters. Die Argumente der Unternehmer, die immer wieder hervorheben, daß eine Wirtschaftsgesamtheit nur erfolgen könne, wenn die Löhne erheblich gesenkt werden, haben anscheinend bei den Unparteiischen durchgeschlagen. Wir hätten diesem Dreimännerkollegium etwas mehr Verständnis zugestanden... Dem wirtschaftlich schwächeren Teil der Arbeiterklasse, werden neue Opfer aufgebürdet. Man kann sich eine Vorstellung machen, wie diese Lohnsenkung auf die Existenzgrundlage der Arbeiterklasse wirken wird. Heute schon arbeiten in der Berliner Metallindustrie 40 vH aller Arbeiter verkürzt. Sie haben also schon eine wesentliche Einbuße an ihrem Einkommen... In der Begründung des Schieds-spruches wird den maßgebenden Stellen anheimgegeben, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise der gewerblichen Produkte, wie auch der Lebensmittel, von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. Das ist eine schöne Empfehlung, nach der sich Syndikate, Kartelle und Krämer bezüglich wenig richten werden. Es bleibt eine Empfehlung. Diese Kreise wissen ganz genau, daß ihnen kein unparteiisches Schiedsgericht endgültig und bindend die Preise vorschreiben wird.“

Die Gewerkschaft, das Blatt der Arbeiter der öffentlichen Betriebe, nennt das Produkt der Schiedsrichter einen „skandalösen Schieds-spruch“. Es fährt dann fort: „Dem Schieds-spruch folgte eine längere Begründung, die zunächst von der schweren Krise der Metallindustrie infolge der Weltwirtschaftskrise spricht. Aber das befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte zur Besserung einzusetzen.“

„Das deutsche Volk“ sind die Arbeiter, wenn es gilt, Lasten auf sich zu nehmen, die andere (besitzende) Schichten von sich abwälzen wollen. Das deutsche Volk aber sind die Besitzenden, wenn es gilt, sich vor jeglichem Opfer an Staat und Reich zu drücken. Ist es nicht so? Beginnt also die einleitende Begründung hinreichend verächtlich, so muß natürlich auch die wirkliche Preis-senkung (auf die wir alle seit vielen Jahren vergeblich hoffen) als Argument gelten. Die Schlichter haben sogar erlogen, ob die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zur Preisentwicklung gebracht werden sollte. Aber man hat sich mit der Erwägung begnügt: Da wird man unwillkürlich an die Inflationsszeit 1922/23 erinnert, wo auch der Goldindex der Wertschöpfung „erlogen“ wurde, bis Stinnes, Hugenberg und andere Inflationsspekulanten sich genau gemacht und die gesamte Arbeiterschaft mit künftigen Millionen in Papier abgespeist wurde mit einer Kaufkraft von 5 bis 6 M. als Wochenlohn...“

Die Schlichter haben sich Inhalt und Begründung des ersten Schieds-spruches zu eigen gemacht. Sie anerkennen die grundsätzliche Bedeutung dieses Spruches. Um so unerklärlicher ihr Urteil fast möchten wir sagen, um so unverantwortlicher...“

Das Blatt der freien Gewerkschaften Berlins, der A u f w ä r t s, erklärt (in Nr. 46): Das ganze Schlichtungsverfahren „stand unter dem Einfluß der Kabinettspolitik. Stegerwald und Brüning zogen die unsichtbaren Drähte, an deren anderem Ende die verschiedenen Schlichter hingen und die Metallindustriellen sowie ihr Anhang, die mehrmals die Stellung wechselten, je nachdem, welches Signal ihnen gegeben wurde.“

Der Kanzler und sein Minister waren an einem Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie sowohl als Kabinettsmitglieder wie als christliche Gewerkschafter interessiert! Sie mußten den Unternehmerorganisationen zeigen, daß sie ihre Programmdeklaration neu zu verwirklichen bestrebt sind. Sie brauchten weiter für ihren fiskalischen Gehaltsabbau an den Beamten und Angestellten der Behörden ein privatwirtschaftliches Seitenstück.

Die deutsche Öffentlichkeit muß sich darüber klar sein: Dieser Schieds-spruch ist politischer Lohnraub! Das ist vor allem auch dann zu erkennen, wenn man sich die wirtschaftliche Bedeutung der Lohnkürzungen vor Augen hält... Unter dem Gesichtswinkel der Preissenkung gesehen, ist dieser Schieds-spruch nur eine dumme wirtschaftliche Albernheit. Den Arbeitern bringt dieser Unsinn aber 3 bis 5 M. pro Woche Lohnverminderung, das ist gerade der Betrag, den eine mehrgliedrige Arbeiterfamilie wöchentlich für Brot ausbittet... Den Metallarbeitern sei aber folgendes gesagt: Ihr habt eine Schlacht verloren, nicht ohne eigene Schuld! Besonders den Unorganisierten und den wortradikalen RGO-Leuten muß angesichts dieses Ausgangs klargemacht werden, daß sie mitschuldig an diesem Lohnraub sind. Mit 50 vH Unorganisierten läßt sich kein Kampf gewinnen!“

Die Dachdecker-Zeitung sagt unter der Überschrift: „Drei Schiedsrichter, über die man die Köpfe schüttelt“ folgendes: „Ja, haben sich denn diese drei überhaupt Gedanken gemacht? Wenn nur Jarres in dieses Horn getutet hätte, das wäre noch zu verstehen, wenn Brauns es tat, das mag ihm der liebe Gott verzeihen, er glaubt ja an ihn — wir können es nicht. Daß uns aber Professor Sinzheimer dieses Kuckucksei in das Gewerkschaftsnest gelegt hat, das ist einfach unerträglich — wie will das Sinzheimer jemals verantworten? Da braucht man wirklich nicht zu sagen: „Gott strafe mich“. Wir sind dadurch gestraft genug...“

Dieser Schieds-spruch ist von Männern gefällt worden, die den Kopf in den Wolken hatten. Hätten sie nur einen Blick auf die Erde geworfen, sie wären zusammengeknickt, ehe sie den Spruch gefällt haben. Wir können heute nur sagen: Das war kein Heldentat. Es ist ein unerhörter Streich, den man uns gespielt hat. Und die bittere Frage ist: Wohin führt der Weg?“

Die Buchbinder-Zeitung (Nr. 46) widmet dem Schieds-spruch eine ganze Seite. Ihre Betrachtung schließt mit folgenden Sätzen:

„Die Regie der Leute um Brüning in der Frage des Lohnabbaus ist zu plump angezogen, um ernsthaft genommen zu werden... So zeigt sich der Schieds-spruch für die Berliner Metallindustrie als ein Schlag gegen die gesunde Vernunft, der um so schwerwiegender ist, als er vom Schiedsrichterkollegium einmütig geführt wurde. Daß die Tendenz, zu der sich der Schieds-spruch bekennt, auch auf dem Gebiete der Tarifpolitik der deutschen Gewerkschaften Auswirkungen haben wird, erscheint uns selbstverständlich, und es ist wohl anzunehmen, daß die Instanzen des Metallarbeiter-Verbandes ernsthaft die Frage prüfen, ob nicht eine vertraglose Zeit der Anerkennung eines absolut unqualifizierten Lohnabbaues vorzuziehen sein wird. Das Vorgehen in der Berliner Metallindustrie ist der Anfang. Die Lohndruckwelle wird bald alle anderen Industrien mit überfluten. Das ist die Situation, die der deutsche Arbeiter heute vor sich hat. Bist du vor, che es zu spät ist, durch Ausbau der Gewerkschaften.“

Was nützt die Lohnsenkung?

Auch in Amerika haben, wie die Lohnstatistiken der letzten Monate beweisen, die Lohnsenkungsprophezen die Oberhand bekommen, doch mit dem gleichen negativen Erfolg der diesen Bestrebungen vorausgesetzt werden kann. Die Arbeitslosigkeit nimmt nicht ab, obwohl die Löhne sehr erheblich sanken. Der Lohnindex ging schneller zurück als der Beschäftigungsindex. (Der Beschäftigungsindex [1926 = 100] ging September 1930 auf 79,9 der Lohnsummenindex auf 73,9 zurück.) Trotz dieser starken Lohnsenkung bleibt die Wirtschaftskrise in voller Schärfe bestehen. Die Indizes der gesamten Wirtschaftsentwicklung liegen bereits auf oder sogar unter dem Stand des Jahres 1921. Gegenüber dem Vorjahr (September 1929) blieben die Wagenladungen um 15 vH zurück, während der Schenkverkehr von 59 auf 40 Milliarden Dollar zurückging. So zeigt das amerikanische Beispiel die Unsinnigkeit der Vorschläge, die durch Lohnabbaumethoden die Wirtschaftskrise überwinden wollen.

Sitzung des Erweiterten Beirats

Seine Stellung zu dem Berliner Schiedsspruch

Die Entschließung des Beirats

Der Erweiterte Beirat des DMV spricht dem Vorstand, der Ortsverwaltung und den Berliner Kollegen die Anerkennung aus für den unter ungünstigen Verhältnissen aufgenommenen und durchgeführten Kampf gegen den von den Metallindustriellen geforderten Lohnabbau, der auch noch von der Schlichterkammer unter Dr. Völker durch einen unerträglichen Schiedsspruch unterstützt wurde. Die Abwehr war unerlässlich, weil dieser amtliche Schiedsspruch und seine drohende Verbindlicherklärung die verhängnisvollsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen haben mußte. Deshalb wandte sich auch die Mehrheit des Reichstages und die breiteste Öffentlichkeit gegen eine Verbindlicherklärung des unverständlichen Schiedsspruches. Um so empörender ist der unter dem Vorsitz Dr. Brauns von den drei Unparteiischen gefällte neue Schiedsspruch vom 8. November 1930, der als

offener Betrug

von den beteiligten Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitern und als eine Provokation von der gesamten Arbeiterschaft empfunden werden muß; um so mehr, als der bisherige Verlauf der Preissenkungsaktion, insbesondere für die notwendigen Lebensgüter, einer Verhöhung der Arbeiterschaft gleichkommt. Der Erweiterte Beirat hat kein Verständnis für das Verhalten des vom Verband benannten Unparteiischen, Prof. Dr. Sinzheimer, der durch seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch, auch wenn er damit den Zweck verfolgte, einen noch schlimmeren zu verhindern, die Verantwortung für denselben mitübernommen und damit die beiden anderen Unparteiischen entlastet hat. Die Entscheidung der drei Unparteiischen ist eine

Hilfe für die arbeiterfeindlichen Bestrebungen

des gesamten deutschen Unternehmertums. Aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird allen Angriffen gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie bisher den größtmöglichen Widerstand entgegensetzen.

Die reaktionären Attentate gegen die Berliner Arbeiterschaft sind aber nur möglich infolge der die Arbeiterbewegung zersetzenden und zermürbenden Tätigkeit der Kommunistischen Partei, die selbst in diesem schweren Berliner Kampfe ihre Aufgabe lediglich darin sah,

die Arbeiter gegeneinander zu hetzen, um sie zu schwächen

Diesem verbrecherischen Handeln setzte die Kommunistische Partei Deutschlands die Krone auf durch die Bildung einer neuen Organisation, die zur Interessenvertretung der Arbeiter unfähig ist, auch keine Kampforganisation der Arbeiter gegen die kapitalistische Reaktion und die Scharfmacher, sondern eine mit den gemeinsten Mitteln arbeitende Kampforganisation gegen die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter sein soll. Die von der KPD aufgestellte Behauptung, daß die Ortsverwaltung Berlin oder irgendeine andere Körperschaft oder Person des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den letzten Schiedsspruch vorher gekannt, ja denselben mit veranlaßt habe, entspringt nur der niedrigsten Gesinnung; ist eine Infamie und wird mit der größten Verachtung zurückgewiesen. Der Erweiterte Beirat

brandmarkt dieses arbeiterverräterische Verhalten der Kommunistischen Partei

und ihrer sogenannten RGO und fordert alle denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und des ganzen Reiches auf, diesem arbeiterschädlichen Treiben Halt zu gebieten. Er ruft angesichts der dauernden Verschärfung der Klassengegensätze die Metallarbeiterschaft zur höchsten Geschlossenheit und Solidarität und zur unermüdeten Stärkung der Macht und des Einflusses des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf, besonders an die Metallarbeiter Berlins ergeht der Aufruf, aus dem Verlauf des Kampfes die Lehre zu ziehen, daß nur durch festgefügte, innerlich geschlossene Organisation aller Metallarbeiter im Deutschen Metallarbeiter-Verband den Unternehmern der erforderliche Widerstand geboten werden kann.

Die Verhandlung des Beirats

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie und die zu erwartenden Auswirkungen des in diesem Kampf gefällten Schiedsspruches veranlaßten den Vorstand des DMV zur Einberufung des Erweiterten Beirats. Er tagte am 12. November. Tags zuvor hatte sich schon der Engere Beirat — Vorstand und Bezirksleiter — mit den mancherlei Fragen beschäftigt, die sich durch die neue Sachlage ergeben.

Im Engeren und im Erweiterten Beirat schilderte zunächst der Vorsitzende Brandes den ganzen Verlauf der Berliner Arbeiterbewegung bis zu dem Dreimänner-Schiedsspruch von Brauns, Jarres und Sinzheimer. Der Redner gab zunächst einen Rückblick über die Tätigkeit des Verbandes seit der Übersiedlung von Stuttgart nach Berlin, über die Reichstagswahl, die niederdrückenden Vorgänge in den Reichstagsitzungen sowie über die Stellung der SPD zur Regierung Brüning. Dann berichtete er über die vielen Versuche, um überhaupt einen Schiedsspruch in dem Berliner Konflikt abzuwehren. In dieser Zeit stand das Reichsfinanzministerium in Unterhandlungen mit ausländischen Bankkreisen wegen eines „Überbrückungskredits“, und das Reichsfinanzministerium forderte vom Reichsarbeitsminister, daß ein Schiedsspruch — mit Lohnabbau natürlich — gefällt werde, weil nur dadurch die ausländischen Geldgeber zur Hergabe eines Kredits zu bewegen seien. Es konnte nicht ermittelt werden, ob es sich dabei wirklich um Tatsachen oder bloß um Manöver handelte. Auf jeden Fall kam der bekannte Schiedsspruch zustande, der eine Lohnersatzung von 8 vH für alle Arbeiter über 18 Jahre und von 6 vH für Arbeiter unter 18 Jahre und für die Arbeiterinnen vorsah.

Es mußte, so führte der Redner weiter aus, alles daran gesetzt werden, daß dieser Spruch nicht für verbindlich erklärt wurde. Den vereinigten Bemühungen des Verbandes, des Bundesaus-

schusses und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist dies auch gelungen. Daß der Schiedsspruch für den DMV unannehmbar war, bedürfte keiner Erörterung. Unsinnig war die von unverantwortlicher Seite ausgestreute Behauptung, daß die Vertreter des DMV im Schiedsgericht an der sofortigen Entscheidung Schuld tragen.

Unsinnig, ja geradezu verbrecherisch

wären und sind auch das Treiben und die Behauptungen der Kommunistischen Partei und ihrer Presse, die, anstatt Hand in Hand mit dem DMV gegen den Anschlag der Unternehmer vorzugehen, sich in Anpöbeleien der Führer der Bewegung überboten. Die Aufnahme eines offenen Kampfes war in Anbetracht der besonderen Berliner Verhältnisse ein Wagnis. Die Zahl der Organisierten läßt sehr zu wünschen übrig, dazu kam die große Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, zu alledem die Agitation der Kommunisten, die auch diesmal für die Unternehmer einen guten Plusposten darstellte.

Die Unternehmer kannten die Schwächen in unserer Kampffront und brachten dies auch ungeniert zum Ausdruck. Ihre Überraschung war groß, als auf den Aufruf des DMV hin die Arbeiter geschlossen aus den Betrieben marschierten. Auch die Regierung hatte nicht an einen offenen Kampf geglaubt. Der Streik beeinflusste naturgemäß das Berliner Wirtschaftsleben stark und erregte die Öffentlichkeit außerordentlich. Eine baldige Beendigung mußte im Interesse der Regierung Brüning liegen. Sie unternahm denn auch eine Reihe Versuche, um die streitenden Parteien auf einer Grundlage zusammenzubringen, die einen Abschluß des Streiks ermöglicht hätte. Dem DMV mußte gleichfalls daran gelegen sein, den Streik auf seiner Höhe abzubrechen. Bei längerer Streikdauer war eine Abbrückelung unvermeidlich. Aber alle Versuche zur Beilegung des Streits, zum Beispiel die Einsetzung einer neuen Schlichterkammer, die Einsetzung einer unparteiischen Kommission von sieben Personen (drei Unparteiischen und je zwei Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter) schlugen fehl.

Inzwischen war 14 Tage gestreikt worden. Die KPD konnte die versprochenen Unterstützungen nicht zahlen. Ihre Leute begehrten laut auf. Die Unorganisierten hatten keine Unterstützung und waren des Kampfes müde. Unter diesen Umständen stimmten wir schließlich dem Kompromiß mit den drei Unparteiischen zu.

Aus den ganzen Verhandlungen hatte man den Eindruck haben können, daß diese Unparteiischen weit von dem ersten Schiedsspruch abrücken werden. Eine völlige Durchkreuzung der Pläne der Regierung und der Unternehmer schien zwar unmöglich, doch rechnete jeder unserer Beteiligten mit einer Terminverschiebung und einer starken Milderung des Lohnabbaus.

Die Überraschung und Empörung über den Schiedsspruch der drei „Unparteiischen“ war ungeheuer. Diese drei Herren haben ihre Aufgabe vollkommen verkannt. Wenn sich die Metallarbeiter ihrem Spruch auch unterworfen hätten, dürfte dieser doch kein Diktat sein, sondern mußte den berechtigten Erwartungen der Arbeiter Rechnung tragen.

Die Gewerkschaften werden in Zukunft nicht mehr bereit sein, sich einem Schiedsspruch von vornherein zu unterwerfen

im Vertrauen auf die Einsicht etwa zu berufenden Unparteiischen.

Für den DMV kam bei dem Schiedsspruch als etwas ganz Besonderes in Betracht, daß der vom Verband vorgeschlagene Unparteiische Prof. Sinzheimer, gleichfalls für den neuen Schiedsspruch stimmte, der die bisherigen Tarifminderungen in allen Gruppen um 3 vH für die Zeit vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 kürzt, und mit Wirkung vom 19. Januar 1931 an eine weitere Kürzung der Tarifminderungen, die bis 16. November 1930 gegolten haben, um weitere 3 vH für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahre und um weitere 5 vH für alle übrigen Gruppen vorsieht. Prof. Sinzheimer hatte den Verbandsinstanzen vor seiner Berufung in das Schiedsgericht ausdrücklich erklärt, daß er einen Lohnabbau zur Ankurbelung der Wirtschaft für ein Unglück halte, und es hatte angenommen werden können, daß Sinzheimer diese Gedanken im Schiedsgericht hochhalten und dementsprechend handeln werde.

Allem Anschein nach ist Sinzheimer von den beiden andern „Unparteiischen“ gehörig über den Löffel barbiert worden. Er hat in einer öffentlichen Erklärung bekanntgegeben, daß er dem oben genannten Schiedsspruch nur zugestimmt habe, um Schlimmeres von den Arbeitern abzuwehren, denn die beiden andern „Unparteiischen“ wollten den ersten Schiedsspruch mit 8 vH Abbau sofort einführen. Er habe „das kleinere Übel“ gewählt.

Besonders peinlich hat es berührt, daß Sinzheimer während der ganzen Dauer der Schiedsgerichtsverhandlung auch nicht ein einziges Mal mit der Verhandlungskommission der Arbeiter gesprochen hat, was ihm niemand hätte verdenken können, nachdem der von der Unternehmenseite vorhandene Oberbürgermeister Jarres sich mit den Industriellen mehrmals ins Benehmen gesetzt hatte. Sinzheimer wollte jedenfalls ganz korrekt handeln. Durch seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch hat Sinzheimer schließlich auch noch jenen infamen Verleumdern Vorschub geleistet, die die Behauptung aufgestellt haben, der Metallarbeiter-Verband habe ein abgekartetes Spiel getrieben: er habe „gekaspert“ und die Arbeiter verraten. Jeder vernünftige Mensch werde zwar diese Behauptung für vollständig verrückt halten, aber es gäbe eine Anzahl weltfremder oder verhetzter Menschen, die jede über die Gewerkschaftsführer verbreitete, noch so blödsinnige Behauptung als bare Münze nähmen.

Der Redner bespricht darauf die Preissenkungskomödie. Er verlangt von der Großeinkaufsgesellschaft und den Konsumvereinen ein energisches Vorgehen in der Richtung eines Abbaus der Lebensmittelpreise, die im Hinblick auf die Erzeugerpreise viel zu hoch sind. Dann kommt der Redner auf die Auswirkungen des Berliner Schiedsspruches zu sprechen. Es sei Torheit anzunehmen, die Macht des DMV sei gebrochen, wie dies von einem Teil der Unternehmer angenommen werde.

Der Verband wird nach wie vor gegen jede Lohnverschlechterung wie gegen jede andere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen äußersten Widerstand leisten.

Der Redner wendet sich darauf gegen die von der KPD aufgezogene neue „Kampfformation“, ausgerechnet in einer Zeit, wo Einigkeit und Geschlossenheit mehr wie jemals nottut.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung hält der Vorstand seinen Standpunkt aufrecht, daß, wenn bei der gegenwärtigen Krise durch eine Arbeitszeitverkürzung mehr Leute eingestellt werden können, diese Arbeitszeitverkürzung durchzuführen ist, selbst auf die Gefahr hin, daß nur ein teilweiser Lohnausgleich erfolgt.

Die Aussprache

An der Aussprache über die Ausführungen von Brandes beteiligten sich fast alle aus den Bezirken anwesenden Vertreter. Einstimmig wurde die Haltung des Vorstandes bei und während der Berliner Bewegung gebilligt bis zu dem zuletzt ergangenen Schiedsspruch. Zu diesem meinten einige Redner, daß der Vorstand in der Auswahl seines Unparteiischen keine glückliche Hand gehabt habe. Man hätte keinen Theoretiker nehmen sollen, dessen Hilfe habe sich als ein Danaergeschenk erwiesen. Ein Mann der Praxis würde einem solchen Spruch, wie ihn das Dreimännerkollegium fällt, niemals zugestimmt haben.

Scharf gebrandmarkt wurde das Vorgehen der KPD und der RGO sowohl während als nach dem Streik. Die von der KPD so gerne gebrauchten Ausdrücke, wie Strolche, Verbrecher, Spitzbuben, solle sich die KPD selbst ins Stammbuch schreiben, denn ihre Zersplitterungsversuche sind nicht anders als verbrecherisch zu bezeichnen. Verschiedene Redner bringen zum Ausdruck, daß das Ergebnis der Berliner Bewegung ein Ausdruck unserer Macht ist. Die Berliner Metallarbeiter müßten daraus die nötigen Nutzenwendungen ziehen. Es sei sicherlich eine erhebende Tat gewesen, daß die Unorganisierten dem Ruf des DMV zum Streik folgten, aber siegreiche Kämpfe könnten nur mit einer Arbeiterschaft geführt werden, die den Wert und den Nutzen der Organisation begriffen hat.

In einem Schlußwort faßte der Vorsitzende Brandes die von den Rednern vorgetragenen Ansichten zusammen und betonte zum Schluß, daß der Berliner Kampf ein sichtbares Zeichen der Stärke der Gesamtorganisation und ihrer Finanzen sei, was der DMV bei gegebener Gelegenheit erneut zeigen werde. Die Funktionäre des Verbandes müssen die Ergebnisse der Beratung in der Mitgliedschaft verbreiten, sie müssen für Aufklärung und für die Schließung der Lücken in der Organisation sorgen, damit der Verband den Stürmen trotzen kann, die erwartet werden müssen.

Nachdem die am Kopfe dieses Berichts stehende Entschließung einstimmig angenommen worden war, wurde die

Nothilfe der Angestellten des DMV

erörtert. Die Nothilfe besteht in einer regelmäßigen Abgabe bis zu 10 vH des Gehalts, deren Ertrag für die ausgesteuerten Mitglieder und ähnliche Zwecke verwendet wird. Gegen die Nothilfe wurde von keinem Redner etwas eingewendet, im Gegenteil, es wurde gesagt, daß nicht genug für unsere dort die Krise so schwer heimgesuchten Kollegen getan werden könnte. Bei der Erörterung stellte sich heraus, daß in manchen Orten und Bezirken die Angestellten seit vielen Monaten schon erhebliche Beträge regelmäßig für ihre in Not stehenden Kollegen abgeben. In dem einen Ort werden davon hundert Kinder gespeist, in einem anderen werden Kleider für Kollegen gekauft oder vielfach besondere Zuwendungen geleistet. Kurz, es wurde offenkundig, daß die Angestellten des DMV längst schon benötigten Kollegen unter die Arme greifen. Daß noch mehr zu tun versucht werden müsse, war die allgemeine Meinung. Nur darüber gingen die Ansichten auseinander, ob man die von der Gesamtheit der Angestellten zu leistende Nothilfe der Hauptkasse übermitteln und von dort verteilt werden solle, oder ob die örtlich aufgeführten Summen auch am Orte zu verteilen seien. Für diese Ansicht sprachen sich verschiedene Redner aus, sei es, um die örtliche Hilfe nicht zu beeinträchtigen, sei es, weil man am Orte eher wisse, wo Hilfe zu leisten sei. Demgegenüber wurde angeführt, daß der Verband Notstandsgebiete habe, für die die Summe verwendet werden solle. Schließlich wurde dem Vorstand anheimgegeben, unter Berücksichtigung der Aussprache die geeignetste Regelung zu treffen.

Wirkung der Notverordnung auf die Krankenzahl

Wie bekannt, wurde durch die Notverordnung der Reichsregierung eine Gebühr von 50 Pf. bei der Ausstellung eines Krankenscheins ab 1. September eingeführt. Uns liegen die Aufzeichnungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg vor, die sehr deutlich die Wirkung dieser Maßnahme auf die Krankenzahl der Mitglieder erkennen lassen. Nachstehende Zusammenstellung gibt darüber ein eindrucksvolles Bild:

Ausgefertigte Krankenscheine:	
am 16. August	13 108
am 23. August	15 419
am 30. August	19 892
am 6. September	6 612
am 20. September	6 982
am 11. Oktober	7 534

Die Krankenzahl ist unmittelbar nach Inkrafttreten der Notverordnung nicht wenig gefallen. Die Zahl vom 30. August kann man wohl als normal bezeichnen, weil eine Reihe Mitglieder den letzten Termin noch wahrnehmen wollten, um einen Krankenschein ohne Zuschlag zu bekommen. Die weitere Entwicklung zeigt aber, daß die Zahl der ausgefertigten Krankenscheine bereits nach sechs Wochen eine nicht unwesentliche Erhöhung erfuhr. Die Mitglieder brachten also das Opfer gezwungenermaßen.

Die Notverordnung der Reichsregierung wird auf den Krankenbestand nicht ohne Einfluß sein, daß aber dadurch neben den kolossalen Opfern, die von der Arbeiterschaft gebracht werden müssen, die erheblichen Nachteile stärker ins Gewicht fallen, dürfte nicht zweifelhaft sein. Der Gesundheitszustand der Arbeiter wird in erster Linie darunter leiden.

Die Tarifverträge in Deutschland

Als Sonderheft der Gewerkschafts-Zeitung ist bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Werk erschienen unter dem Titel Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1929. Diese Schrift gibt die Ergebnisse der Tarifstatistik des ADGB wieder und wurde von dem bekannten Statistiker Wladimir Woytinsky bearbeitet.

Jeder, der Auskunft über die Bedeutung des Tarifvertragswesens haben will, findet hier die notwendigen Unterlagen. Nach der Erhebung der statistischen Reichsamts standen Anfang 1928 8176 Tarifverträge für 912 006 Betriebe mit 12 267 440 Arbeitnehmern in Kraft. Nach Abzug der geltenden Angestelltenverträge betrug die Zahl der Arbeiterverträge 6501 für 10 625 248 Personen. Nach der Statistik des ADGB waren Ende 1929 1515 Volltarife und 3266 Manteltarife in Kraft, die insgesamt für 10 076 619 Personen galten. Die Statistik des ADGB kommt also den Ergebnissen der amtlichen Statistik sehr nahe. Die genannte Schrift ist ein wertvolles Dokument dafür, wie außerordentlich tief das System der Tarifverträge in das wirtschaftliche Leben eines Industriestaates eingreift.



Familie und Heim



Wirtschaftliche Haushaltsführung

Jeder Kaufmann versucht, seinen Betrieb rentabel einzustellen. Maschinen ersparen ihm Zeit und Arbeit und sind die Vorbedingungen für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Anders liegt es aber bei uns Hausfrauen, die wir noch mehr an die wirtschaftlichen Verhältnisse gebunden sind. Wir müssen darum auch im Auge behalten, wie wir vor allem unsere körperliche Arbeitsleistung am wirtschaftlichsten führen.

Die Arbeitsstätte der Hausfrau ist nun einmal die Küche, und viele unnötige Schritte müssen heute gemacht werden, wenn Herd, Arbeitstisch, Geschirrschrank und Wasserleitung nicht im rechten Verhältnis zueinander stehen. Vor allen Dingen ist zu bedenken, daß Herd und Handstein immer in erreichbarer Nähe sich befinden müßten. Es ist errechnet, daß die Hausfrau im Hause täglich unzählige Kilometer als Leistung aufweist. Man sprach von einer Zweizimmer-Wohnung und eine Zahl von Schritten, die 8 km Wegstrecke ausmachen.

Unzweifelhaft ist die zentrale Beheizung am empfehlenswertesten, weil heute beim Bauen immer daran gedacht werden muß, daß in 30 Jahren die Wohnungen auch noch der Zeit entsprechend zu sein haben. Somit wäre es kurzfristig, Ofenheizung zu nehmen. Bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit der Heizung muß man folgendes in Betracht ziehen: Bei der Zentralheizung restlose Ausnutzung der Kohlen und Großhandelspreis des Brennstoffes. Bei Ofenheizung Kleinkohlenhandelspreis und viel Mehrarbeit für die Hausfrau durch Reinigen des Ofens, Kohlenholen und Forttragen der Asche. Gewiß wird behauptet, die Ofenheizung sei wirtschaftlicher, weil die Zentralheizung dem Haushalt höhere Kosten auferlege. Diese Auffassung ist nicht richtig, denn die Ofenheizung ist schon durch die Mehrarbeit viel unrationeller. Gleicher Art sind die Vorteile bei der zentralen Warmwasserbereitung. Leider ist die finanzielle Lage unserer arbeitenden Bevölkerung noch so schlecht, daß die Hausfrau in unzähligen Fällen auf diese Einrichtung verzichten muß.

Welche Mittel sind nun noch der Hausfrau gegeben, um sparsam zu wirtschaften? Der größte Besitz ist die Arbeitskraft der Frau. Folglich muß vor allem die Frau auf gute Körperhaltung achtgeben. Nicht sichtbar ist die Kraft, die der Mensch aufbringen muß, um den Körper gerade zu halten. Die Haltearbeit des Körpers ist fünf-

mal größer als die Bewegungsarbeit. Wir müssen darauf achten, daß jeder Gegenstand, mit dem wir und an dem wir arbeiten, sich immer im richtigen Verhältnis zu unserem Körper verhält. Bei einer falschen Körperhaltung verbrauchen gewisse Muskeln und Sehnen fünfmal mehr Kraft, was wir an der frühzeitigen Ermüdung bemerken.

Eine Frau sollte nach Möglichkeit jede Arbeit im Sitzen verrichten. Spart sie doch dadurch schon das Aufbringen von Energie für die Beizmuskulatur. Einen Eimer sollte man immer in die halbe Körperhöhe bringen, da durch das fortwährende Herunterbücken die Muskeln der Lenden und Waden das Fünffache der Anspannung aufzubringen haben. Ganz besonders viel hat der Körper am Waschtage zu leisten. Der Körper soll fast gerade am Waschgerät stehen. Darum Sorge man, die Wanne immer in richtiger Höhe zu haben. Man vergesse nie, daß die Haltearbeit die größere Energie erfordert. Glücklicherweise sind die Hausfrauen zu schätzen, die mit einer elektrischen Waschmaschine waschen können. Manche Frau wird sagen, Maschinenarbeit sei zu teuer, das kann ich mir selbst verdienen. Sobald die Hausfrauenerbeit aber eine Geldfrage wird, wird sich herausstellen, daß die Maschine zweckmäßiger ist, weil sie billiger und schneller als Frauenhände arbeitet.

Es klingt vielleicht eigentümlich, von einer Bezahlung der Hausfrauenerbeit zu sprechen. Doch unsere Verhältnisse werden sich mit den Jahren bessern. Hatte doch die Hausfrau vor fünfzig Jahren noch viel mehr Obliegenheiten gegenüber der Jetztzeit zu erfüllen.

Das Beste ist immer das Billigste im Gebrauch! Das wissen wir alle aus Erfahrung. Darum sollte man mit der Anschaffung mancher Geräte lieber warten und sich beschränken, als sie voreilig billiger zu kaufen. Leider wirft die Industrie oft Sachen auf den Markt, die minderwertig und sehr unpraktisch sind. Nicht jeder Techniker denkt beim Entwurf an den praktischen Gebrauch. Darum müssen wir Frauen beim Einkauf kritischer sein und uns nicht vom tüchtigen Geschäftsmann beschwatzen lassen. Wir müssen den Mut haben, Unvorteilhaftes zurückzuweisen. Je bedachter wir einkaufen, um so mehr wird sich der Fabrikant nach unseren Wünschen richten müssen. Bertha Streng.

Der Gabentisch unserer Kinder



Es ist ein Wagnis, in einer so schweren Zeit über diese Sache zu reden! Und doch muß es sein, denn wir wollen unsern Kindern den Geburtstags- und Weihnachtstisch aufs beste und so reich als möglich decken. Freude, schöner Götterfunke! Diesen Funken in der Kinderseele zum leuchtenden Feuer zu entfachen, ist Elternaufgabe. Und mit wenigen Mitteln ist das möglich.

Jedes Kind, ob Bube oder Mädel, hungert nach Werkzeug. Und Onkel und Tante haben genug davon herumzuliegen, sie wollen nur darum gefragt werden. Da kommen Zangen, Hämmer, Schraubenzieher, Sägen, Messer, Holzbohrer — und Raspeln zusammen. Freilich ist manches Stück arg verrostet, aber etwas Schmirgellein macht alles blank. Dazu sammeln wir ein Dutzend leere Zigaretten-schachteln aus Blech, die mit gangbaren Nägeln und Schrauben angefüllt werden. Und zu guter Letzt kommt alles in eine handliche Holzkiste mit Deckel und Griffen an den Seiten. Das auf den Tisch gestellt, mit ein paar Blumen und brennenden Kerzen, wird helle Freude auslösen.

Aber etwas sollte noch hinzukommen, nämlich ein Block mit weißem Papier, ein Zimmerrammbleistift und ein Zollstock, dazu ein Bündel Holzbrettchen und ein Bündel Pappstücke, so groß wie ein halbes Zeitungsblatt. Holz und Papp erhalten wir im Konsumverein umsonst. Den Schluß bilden ein Glasgefäß mit Schraubendeckel voll Buchbinderkleister und eine kleine Konservendose mit langem Stiel aus Draht für Tischlerleim. Solch ein Gabentisch wird Freude und Jubel bringen.

Gar leicht verzauscht die Freude, wenn das Kind noch nicht Ordnung halten kann. Alle fertig gekauften Spielsachen verfahren gerade zum Durcheinander. Hier aber ist ein Anlaß, unsere Kinder zum Ordnen der vielen Dinge immer wieder anzuleiten. Eine Werkzeugkiste ist eben ein zusammenhängender Organismus, der stetig ergänzt und verbessert werden kann. Das ist für das Kind ein tiefgehendes Erlebnis. Was soll aber nun gebaut werden und was nicht? Vor allem keine Kunstgegenstände, keine Kerbschnitterei, keine Brandmalerei. Einige brauchbare Gegenstände für das Haus zuerst. Auf dem Skizzenblock werden Entwürfe gemacht, Vorschläge notiert, Maße eingeschrieben. Sei es eine Fußbank, ein Geschirrkasten, ein Nähkasten, ein Sakkasten über dem Herd, ein Zeitungshalter und anderes.

Freilich sah das Zuschneiden und Zusammenfügen so leicht aus, es ist aber gar nicht so leicht. Darum müssen Vater und Mutter die Kinder immer wieder ermuntern und ihnen Handgriffe und sachgemäße Verbindungen zeigen. Oft vergehen die Tage, dann ist es Zeit, Handwerk zu treiben. Auf der Fensterbank wird ein Brett mit Zwingen befestigt, Werkzeug, Rohstoff und Zeichnung geholt, und sauber wird Stück für Stück hergestellt. So wächst alle Woche eine Arbeit heran fürs Haus oder gar als Geschenk. Die Kinder leben ins Handwerk hinein, sie sehen draußen schöne Sachen, wagen es bald, allein zu arbeiten. Die Eltern beraten nur noch. Freude am eignen Schaffen, freier Entschluß und Selbständig-

keit sind die Früchte einer Werkzeugkiste und ihr Gebrauch.

Sicher kommt einmal eine Zeit der Ermüdung im Bauen. Dann wandert die Kiste auf den Oberboden, Spiel und Wandern kommen an die Reihe. Der Gabentisch wird aber bereits neu gedeckt. Ein Bündel feiner Holzleisten in Rechteck-, Quadrat- und Winkelquerschnitt wird nach und nach gekauft, das Meter zu 5 bis 10 Pf. Dazu einige Restrollen geschmackvoller Tapete und ein Päckchen Holzschrauben, 2 mm stark und 6 mm lang. Dazu einen sogenannten Uhrmacher-Schraubenzieher. Die Holzleisten geben das Gerüst ab für Arbeiten der höheren Stufe. Wurde zuerst aus dem groben, einfachen Stoff geformt, wird jetzt genauer geschnitten, jede Ecke sorgfältig geleimt und die Füllungen zwischen den Stäben mit buntfarbig überzogener Pappe besetzt. Ganz neue, farbenfrohe Arbeiten kommen zustande, zum Beispiel Bürstentaschen, Gehäuse für Uhren, Truhen für Briefe und Karten, geschlossene Bücherregale, Truhen für gebrauchte Wäsche, zierliche Flurgarderoben, Bilderrahmen, ja sogar Tischlampen mit Schirm lassen sich herstellen. Der grundlegende Gedanke ist nun folgender: gründliches Überlegen, was gemacht werden soll, Entwerfen und Festlegen der Maße, saubere und langsame Ausführung bis zum letzten Schraubchen und Pinselstrich. Immer soll es ein Gebrauchsgegenstand sein, der von Schönheit strahlt und dauerhaft ist.

Der nächste Gabentisch wird vorgerichtet, wieder mit wenig Mitteln. Haben die Kinder Freude am Zeichnen, dann ist ein Reißbrett mit Schiene, Winkel und Zirkel, auch etlichen Zeichenbögen, das nächste. Meist genügt eine Anfrage bei guten Bekannten, und bald ist alles beisammen, so daß nur Zeichenbögen, Farbkästlein und einige Pinsel gekauft zu werden brauchen. Hat das Kind starke Begabung für Malerei, dann läßt sich eine klappbare Staffelei aus starken Leisten herstellen.

Zwischen zwölf und vierzehn Jahren finden sich Neigungen für Handwerk und Liebe zur Kunst, und in manchen Buchhandlungen gibt es Abhandlungen über bestimmte Fächer zu herabgesetzten Preisen. Einführende Schriften sind sehr wichtig.

Eine recht dankbare Sache ist der Linolschnitt. Die Ausrüstung ist leicht zusammengestellt. Einige verbrauchte Tischmesser und Gabeln werden auf 2 cm Länge gekürzt und in verschiedenen Schnittwinkeln geschärft. Was sonst noch dazu gehört, sagt uns eine kleine Schrift. Wird diese Ausrüstung in einen passenden Kasten getan, dann haben wir wieder unsern Gabentisch reich beschickt.

Werden unsere Kinder in die Technik eingeführt, dann erwacht die Freude am Bauen von Modellen und elektrischen Apparaten. Wieder denken wir an die Ergänzung der Werkzeuge. Schraubstock, Feilen, Durchschläge, Leier und Bohrer sind das nächste, dazu Eisen- und Kupferdraht, Messing- und Aluminiumblech vom Autofriedhof. Auch aufgetrennte Konservendosen geben einen feinen Baustoff.

Überschauen wir noch einmal diese Anregungen, so werden wir finden, daß mit geringen Mitteln und etwas

Geschick reich gedeckte Geschenktische aufgestellt werden können. Es muß immer gefragt werden: Ist es an der Zeit, dem Kinde dies und jenes zu geben? Niemals darf es an Baustoff, Leim, Nägeln und Farbe fehlen. Wichtig ist immer die Platzfrage. Mit wenig Platz gute Ordnung halten und gute Arbeiten herausbringen ist die große Kunst, die unsre Kinder nun früh erfassen lernen. Das Werken und Schaffen wird eine Quelle reiner Freude. Und in diesen trüben Zeiten der Arbeitslosigkeit können wir den Kindern Anregung und Einführung geben. Zugleich geben wir ihnen die Grundlage, sich später im rauhen Leben selbst zu helfen. Auch entfaltet das Kind in dieser Tätigkeit die Kräfte und Begabungen, die zu einem passenden Beruf führen. Bs., Hamburg.

Der Weg zur Seele

Es ist morgens 4 Uhr. Irgendwo im Dorf flackern Kerzenlichter hinter den Fenstern vorbei. Dann quetscht ein Türschloß durch die stille Nacht, und ächzend öffnet sich eine Haustüre. Ein Arbeiter tritt fröstelnd heraus. Pustend krepelt er seinen Kragen hoch und steckt seine Hände in die Hosentaschen.

Seine Schritte hallen durch das lange Dorf. Vor einigen Häusern stößt er einen schrillen Pfiff aus. Bald kommen ein paar Arbeiter hinter ihm hergetrabt. Am Ende des Dorfes werden sie von anderen Arbeitern erwartet.

„Wir sind heute etwas spät daran“, sagt einer, „wir müssen laufen.“ Eisiger Wind fegt ihnen entgegen und kalter, feuchter Tau spritzt ihnen ins Gesicht. Wortlos. Immer den Blick auf den Boden gerichtet, traben sie weiter. Der Weg steigt an und wird immer steiler. Es geht eine halbe Stunde lang an Hecken und Feldern vorbei. Dann kommt Wald. In der dunklen Nacht tappen sie einen schmalen, klitschigen Pfad entlang. Ihre Schritte werden immer schneller. Nach einer Stunde haben sie das nächste Dorf erreicht. Keuchend hinkt ein 59-jähriger hinterdrein, nur mit Mühe kann er Schritt halten.

Auf dem Bahnhof sammeln sich die Arbeiter aus der ganzen Umgebung. Stumm zeigen sie an der Sperre ihre Wochenkarten vor und füllen die bereitstehenden Wagen des Arbeiterzuges. Die Maschine zischt ungeduldig. Langsam fährt der Zug ab. Im letzten Augenblick klettern noch einige Arbeiter an den Wagen hoch.

Im fahlen Licht hocken die Arbeiter auf den harten Bänken und versuchen zu schlafen. Ihr Körper wird hin und her geschüttelt. Einige diskutieren eifrig, die meisten brüten stumm vor sich hin. Dicker Rauch erfüllt den Wagen. Draußen regnet es. Die Fenster schwitzen. An jeder Station kommen immer mehr Arbeiter hinzu. Die Ankommlinge finden keinen Sitzplatz mehr. Sie drücken sich stehend eng zusammen. So gehts eine Stunde lang, bis zur Fabrikstadt.

Aus allen Richtungen fahren Arbeiterzüge ein. Die Arbeiter marschieren in hastigem Gleichschritt durch die Straßen, dem Industrieviertel zu. Die Fabrikttore sind weit aufgerissen. Die Arbeiter laufen stumm hinein. Dann pfeifen die Sirenen. Das Tagwerk beginnt.

Erst am Abend, wenn die Nacht ihre Schatten wirft, speien die Fabriken die Menschen wieder aus — und wieder beginnt von neuem der weite Weg. Stundenlang mit der Eisenbahn, dann zu Fuß oder mit einem Fahrrad immer wieder an denselben Äckern und dem Wald vorbei dem stillen Dorfe zu. Ob der Wind pfeift und der Regen das Gesicht rötet — der Kreislauf von Nacht zu Nacht erleidet keine Unterbrechung.

Der Weg zur Arbeit und wieder zurück ist ein Stück unseres Lebens. Und wenn einmal einer von uns diesen Weg nicht mehr geht, dann ist er krank oder — arbeitslos. F. E.

Der Welt Lauf

Die Besten müssen springen in den Riß der Zeit,
Nur über ihren Leibern schließt er sich,
Nur ihre Leib sind der seltnen Samen,
Aus dem der Völkerfreiheit üppige Pflanze
Grünend hervorschießt, eine Welt befruchtend.
Das ist der Fluch, der auf den Besten lastet,
Dämonisch sie und was sich ihnen naht
Dem finsternen Verderben weilt!

(Ferdinand Lassalle: Franz von Sickingen.)

Schon zwei Kinder gekriegt

Im Osten von Berlin. Ein nett, aber etwas nervös wirkendes Fräulein hält mit einem Kindersportwagen nebst fröhlich lebendem Inhalt vor einem Konfitürengeschäft, betritt den Laden und kauft ein paar Kleinigkeiten. Wie sie zahlen will, stellt sie fest, daß sie kein Geld bei sich hat. Sie macht der Verkäuferin den Vorschlag, das Kind als Pfand in den Laden hereinzunehmen, während sie rasch nach Hause eilen wolle, um Geld zu holen.

Die Verkäuferin aber, ein ältliches Fräulein mit erfahrenen Augen, winkt energisch ab:

„Nee, nee, für det Pfand bedank ich mir scheenstens — uff die Art habe ich schon zwei Kinder gekriegt!“

Begründete Abneigung

Verzweifelt kommt die junge Frau in das Zimmer ihres Gatten. „Ach, Eugen, Bab will nicht einschlafen. Seit einer Stunde sing' ich schon vor, aber es schreit noch immer fort. Was soll ich bloß tun?“

„Auffhören!“

Das beste Stück

Müller ist zum Abendbrot bei Busses.
Es gibt Gänsebraten.
Hinterher setzt sich Frau Busse zum wohltemperierten Klavier.
Spielt drei sinnige Salonstücke.
Und fragt: „Welches Stück hat Ihnen am besten gefallen, Herr Müller?“
Meint Müller: „Wenn ich ehrlich sein soll, gnädige Frau, das Stück Gänsebraten.“

Petersen ist sehr abgehärtet. Er erzählt, daß er in den kältesten Nächten bei offenem Fenster schläft, nur mit einer Wolldecke bedeckt.

Gestern nacht gingen einige seiner Freunde an seinem Hause vorbei und sahen, daß die Fenster des Schlafzimmers fest geschlossen waren. Natürlich stellten sie ihn daraufhin zur Rede. „Ja,“ antwortete Petersen gedeiht, „ich hab' doch ausdrücklich gesagt: in den kältesten Nächten! Ist es im Juni viel leicht kalt?“

Im November

Im November kauft sich Frau Direktor einen warmen Pelz und einen neuen, achtzylindrigen Mercedes.
 Dann fährt sie nach St. Moritz oder auch an die Riviera, um sich für die kommende Ballzeit noch etwas zu stärken.
 Im November schreibt der Herr Direktor einen schweren Brief an das Arbeitsministerium.
 Er teilt mit, daß er sich aus Auftrags- und Kapitalmangel gezwungen sieht, fünfzig vom Hundert der Belegschaft zu entlassen.
 Dann verabschiedet er sich von seiner Frau und wünscht ihr glückliche Reise.
 Er selber schiffte sich nach Amerika ein, um auf Kosten der gekündigten Belegschaft eine der bekannten Studienreisen zu machen.
 Im November werden wieder viele tausend Kumpels arbeitslos. Aber sie alle wissen, daß ihnen ein großes Unrecht geschieht.
 W. F a t z.

Teufel Reaktion

Er ist nicht immer mit dem Hakenkreuz geziert, er heißt auch nicht immer Brüning — Treviranus — Schiele, in den mannigfaltigsten Verkleidungen schleicht er sich in die Reihen der Arbeiter; Schützenverein, Kegelklub, Gesangverein, Fußball, Werkverein, Bierpott und Schnapsflasche, bürgerliche Presse und Wallace-Romane sind die Merkmale. Sein Zweck ist, die Arbeiter vom Kampf um ihr Recht abzuhalten, und nur allzuoft gelingt es ihm. Dort, wo die Erkenntnis fehlt, daß der Sozialismus nicht nur ein Ergebnis der wirtschaftlichen Reife ist, sondern auch die geistige Bereitschaft und Entschlossenheit für ihn verlangt, dort ist sein Spiel am leichtesten.
 Die Frage: Was habe ich davon? kehrt immer wieder. Was habe ich davon, wenn ich in die Belegschaftsversammlung gehe? Was habe ich davon, wenn ich den 1. Mai feiere? Diese Worte sind oft zu hören. Es fehlt der Wille zur Neugestaltung. Der Wille, aus dem Dunkel und Elend des proletarischen Daseins herauszukommen, erfüllt meist von der Sehnsucht, so zu leben, sich so zu kleiden und zu vergnügen, wie es das Bürgertum tut. Das Bürgertum hat uns das größte Elend gebracht, hat Tausende im Überfluß schwellende und Millionen darben Menschen gebracht. Es ist bestrebt, seine Macht zu halten. Und um diese Macht zu halten, wird der Teufel Reaktion auf die Arbeiter losgelassen. Wo aber Teufel Reaktion herrscht, da ist Nurmis Lauf wichtiger als eine Rede Otto Bauers gegen den Faschismus, da ist der Tanzabend wichtiger als die Belegschaftsversammlung des Betriebes, da ist die bürgerliche Presse, gefüllt mit Sensationen, begehrt als die Arbeiterpresse mit dem Ausruf, alle Kräfte anzuspannen, um dem Faschismus zu wehren, da ist Bier und sonstiger Alkohol wichtiger als die Mitgliedschaft in einer Buchgemeinschaft. Was Wunder, wenn man im politischen Leben nicht Bescheid weiß und die Kraft fehlt, um Fernstehende zu überzeugen. Wer in den Betrieben Augen und Ohren aufmacht, der sieht, wie Teufel Reaktion seine Kreise zieht, der sieht, wie der Hauptteil der Arbeiterschaft in der Gestaltung seiner Moral, seiner Lebensform, seiner Kultur nicht über die Höhe des Bürgertums hinauskommt. Es fehlt noch allzusehr an dem Willen, sein Leben der Form der Gesellschaft, die man anstrebt, anzupassen, ferner mangelt die Erkenntnis, daß nur der gemeinsam geführte Klassenkampf uns dauernd und sicher hinausführen kann aus dem Dunkel des Kapitalismus und daß wir kämpfend unsere eigene Welt gestalten können.
 Fußball, Freude am Sport, Unterhaltung, Feste, Geselligkeit, es soll alles sein, aber nur im Hinblick auf unser Ziel. Den Körper stählen zum Kampf, Feste feiern um der Freude und Erhebung willen, die wir brauchen in unserem Kampf, Gesang, um die Feste zu verschönern und wo die Geselligkeit Platz greift, da braucht man nicht mehr den Alkohol, da stellt sich von selbst jene Freude ein, die aus ehrlicher, opferbereiter Arbeit erwächst.
 Große Organisationen hat die moderne Arbeiterbewegung sich geschaffen. Sport und Spiel, Unterhaltungs- und Geselligkeitsvereine, Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, alles um den Kampf der Arbeiter um ihr Recht zu unterstützen, um das Proletariat auch geistig und seelisch von der bürgerlichen Welt zu lösen. Geistige und seelische Loslösung vom Teufel Reaktion, um die Kampfkraft zu festigen. Denn: „Solange das Proletariat nur ein Klassenbewußtsein hat, das eigentlich nichts mehr als ein Standesinteresse ist, mit dem es sich zwar gegensätzlich zur herrschenden Klasse fühlt, aber dieser nur so viel als möglich zu entreißen sucht, ohne das Klassenverhältnis selbst abzuschaffen, so lange lebt der Arbeiter, mag er auch noch so sehr für seine gewerkschaftlichen und politischen Rechte eintreten, noch in der bürgerlichen Welt, ist er selbst noch durchaus bürgerlich gesinnt, handelt er nicht sozialistisch.“ (Max Adler.)
 Hans Dohrenbusch.

Ich habe es nicht gewußt?

Wie oft hört man von Hereingefallenen in Rechtsstreitigkeiten die Worte „Ich habe es nicht gewußt!“, womit sie ihre Unachtsamkeit entschuldigen wollen. Aber sie klopfen meistens vergeblich um Verzeihung an, denn das Gericht kennt keine Nachsicht, falls es sich um rechtsverbindliche Abmachungen handelt. In der Mehrzahl ist es die Hausfrau, die erst zu spät einsteht, daß sie „es“ nicht gewußt hat! Nämlich den gemachten Fehler in Rechtssachen, die zu begehren heutzutage in ungezählten Fällen ein jeder in Gefahr ist. Eine große Bedeutung hat der Satz „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht!“, welches sich im Gesetz so ausdrückt, daß der Schuldner, sofern nicht ein anderes bestimmt ist, Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten hat (§ 276 des BGB). Wer handelt fahrlässig? Darauf antwortet das Gesetz: Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt! Darum ist es wohl angebracht, hin und wieder kleine Fälle des täglichen Lebens zur Warung und Belehrung aufzuführen.

Frau B. hatte seit langer Zeit einen Wunsch. Sie war derart na ihm durchdrungen, daß er beinahe zu ihrem zweiten Ich

Menschen oder Tiere?

... und damit komme ich zum Schluß, meine Herren, bevor ich Ihnen die Tierexperimente zeige. Natürlich wird man auch in einem künftigen Krieg schwächere Giftgase verwenden können. Wir haben da sehr hübsche Sachen. Zum Beispiel Chloroform, das heftiges Erbrechen und Schwächung der Opfer hervorruft, oder Lacrymatory-Gas, das die Augen derart zu Tränen reizt, daß die Soldaten im Bajonett- und Nahkampf kaum imstande sein werden, Widerstand zu leisten. Aber beides sind doch Gase, die nur für den Kampf an der Front zu verwenden sind. Denn — fuhr der Redner mit lesem Spott fort — es dürfte wenig Sinn haben, die Frauen und Kinder der feindlichen Großstädte zu Tränen zu rühren. Ich glaube, ich brauche in diesem Kreis nicht erst darauf hinzuweisen, daß künftige Kriege nicht an den Fronten entschieden werden, sondern daß es in erster Linie darauf ankommen wird, die feindlichen Hauptstädte und Industriebezirke mürbe zu machen. Deren Widerstand aber wird man weder durch Tränen noch durch leichtere Krankheiten, wie Erbrechen, brechen.
 Bei diesem Wortspiel ging ein Lächeln über die Gesichter der Zuhörer. Man wußte, Professor Hill, der geniale Leiter der chemischen Kriegs-Versuchsstation Porton, spielte nicht nur mit Gift und Gas und dem Leben von Tieren und Menschen, sondern auch mit Worten: er galt als einer der geistreichsten Schriftsteller Englands.
 Der letzte Krieg hat gelehrt, wirft Oberst Tompson vom Generalstab ein, daß die Menschen sich wehren und Widerstand leisten, solange noch ein Fünkchen Leben und Kraft in ihnen ist. Richtig! — fuhr der Professor fort — Darum müssen wir im Fall eines Krieges die Menschen in den feindlichen Ländern nicht krank machen oder verwunden, sondern — töten. Und sicherer und zuverlässiger als durch Geschosse geschieht das durch Giftgas. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann sie ersticken oder verbrennen. Man kann also Phosgen anwenden, das beste Erstickungsgas, oder ein Verbrennungsgas. Bereits im Weltkrieg hat das deutsche Senfgas Furcht und Entsetzen verbreitet. Es ist aber direkt harmlos zu nennen gegenüber unserem Lewisite-Gas, das von unserem Landsmann Newland erfunden und von dem amerikanischen Professor Lee Lewis vervollkommen worden ist. Beide Gase haben ihre Vor- und Nachteile. Im allgemeinen wird Phosgen vorzuziehen sein, weil seine Flächenwirkung bedeutend größer ist. Es ist leichter als Lewisite, verflüchtigt und verbreitet sich daher schneller und leichter, so daß bereits schwache Luftströmungen genügen, weite Gebiete zu vergasen. Allerdings kann man sich gegen Phosgen durch Gasmasken oder Flucht in einigermaßen luftdicht abgeschlossene Räume (Keller) so ziemlich schützen. Während Lewisite zwar eine raumbeschränktere, aber dafür um so intensivere Wirkung hat, gegen die weder Masken noch Anzüge noch sonst etwas nützt. Und nun bitte ich Sie, meine Herren, mir zu folgen.
 Etwa ein Dutzend Herren der verschiedensten Waffengattungen, die mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Professors gefolgt waren, erhoben sich von ihren Plätzen und folgten dem Voranschreitenden nach einer Halle, in deren Mitte ein riesiger Glaskasten eingebaut war. In dem Glasraum, der völlig luftdicht abgeschlossen war, spielten einige Katzen.
 Wir werden jetzt die Wirkung von Phosgen, also Erstickungsgas — aus Kohlenoxyd und Chlor — kennenlernen. Professor Hill drehte an dem Hahn einer der verschiedenfarbigen Rohrleitungen, die in dem Glasraum mündeten. Lautlos entwich das Gas. Ich lasse das Gas in einer etwas konzentrierteren Form eindringen, als es gewöhnlich in Frage kommt, damit wir nicht so lange auf die Wirkung zu warten brauchen. Aber auch in verdünnter Form ist die Wirkung die gleiche, nur daß sie später eintritt. Man kann die Wirkung sogar noch erhöhen, indem man das Chlor durch ein Gas der Cyangruppe ersetzt. Das Grünkraut der Deutschen im Weltkrieg war zum Beispiel eine solche Verbindung. So, überlassen wir jetzt die Tiere ihrem Schicksal. Ich darf die Herren indessen zu einem kleinen Imbiß bitten. Nach dem Essen werden wir dann die Wirkungen unseres kleinen Versuches beobachten können.
 Das Essen verlief sehr heiter und angeregt. Die meisten Herren kannten sich von früher. Es wurden Erinnerungen ausgetauscht aus dem großen Krieg. Auch aus früheren Kolonialkämpfen. Die Stimmung wurde immer animierter, besonders als zum Schluß — man war ja ganz unter sich — allerlei Weibergeschichten erzählt wurden. So erhob man sich nur ungern, als der Professor an den eigentlichen Zweck der Zusammenkunft erinnerte und die Herren aufforderte, ihm wieder nach dem Versuchsaum zu folgen. Vorher mußte jeder eine Gasmaske aufsetzen. „Es besteht zwar kaum eine Gefahr für uns hier außerhalb des Glasraumes. Aber man muß auch sagen, unvorhergesehene Fälle gewappnet sein“, sagte ruhig der Professor.
 Diese Masken mit dem Schnauzenansatz, in denen sie aussahen wie vorsintflutliche Ungeheuer, nicht wie Menschen eines

Kulturvolkes des 20. Jahrhunderts, brachten ihnen zum Bewußtsein, daß es sich um höchst ernsthafte und gefährliche Dinge handelte. Man wurde wesentlich stiller.
 In dem Glasraum hatte sich das Bild inzwischen völlig verändert. Die vorhin lustig und harmlos spielenden Katzen liefen jetzt ängstlich und aufgeregt in dem Raum herum.
 Ich darf Ihnen jetzt — setzte Professor Hill seine Erklärungen fort — die medizinischen Erläuterungen geben zu dem, was Sie gleich sehen werden. Wir bezeichnen den Vorgang, der sich jetzt im Körper der Katzen abspielt — und sich genau so im Ernstfall beim Menschen abspielen würde —, als ein Ertrinken auf dem Trockenen. Der Vergiftete ertrinkt buchstäblich, langsam, unter schrecklichen Erstickungsqualen, in seiner eigenen Körperflüssigkeit: dem Blut. Unter dem Einfluß des Giftes sind nämlich die Blutgefäßwände in den Lungen durchlässig geworden, so daß nicht nur wie sonst ein Austausch der Luft (Aufnahme von Sauerstoff, Abstoßen von Kohlendioxid) durch diese Blutgefäßwände erfolgt, sondern das Blut selbst durch sie hindurchtritt. Die Lungen gleichen bald mit Wasser vollgesogenen Schwämmen, nehmen auch außerordentlich an Umfang und Gewicht zu. Der Flüssigkeitsaustritt aus dem Blut in die Lungen führt auf der anderen Seite zu einer starken Eindickung und erhöhten Zähigkeit des Blutes und damit zu einer gefährlichen Verlangsamung des Blutkreislaufes, was wiederum erhöhte Anforderungen an die Herztätigkeit stellt.
 Der Versuchsaum enthält etwa 20 mg Phosgen auf 1 cbm Luft. Dadurch wird, wie wir gleich sehen, der Aufenthalt schon nach kurzer Zeit unerträglich. Aber bereits ein Viertel dieser Menge vermag eine lebensgefährliche Vergiftung hervorzurufen, wenn man sich länger in jenem Luftgemisch aufhält.
 Sie sehen, wie aufgeregt die Tiere sind...
 In der Tat sprangen die Katzen jetzt wie wild in dem Raum herum, aus dem sie vergeblich einen Ausweg suchten. Aus ihren Augen und den Speicheldrüsen des Mundes tropfte es unaufhörlich herab. Vergessens suchten sie mit ihren Pfötchen die Augenschmerzen zu lindern.
 Warum halten denn die Tiere den Kopf so hoch?
 Um besser atmen zu können, antwortete Hill. Das Gas ist schwerer als Luft und sinkt langsam zu Boden, so daß die Tiere versuchen, die oben bessere Luft einzatmen. Sie sehen weiter, wie die Körper die Atemnot durch eine stark beschleunigte Atmung auszugleichen suchen. Ich werde jetzt die Luft in dem Glasraum mischen.
 Er drückte auf einen Knopf, wodurch ein Ventilator in dem Versuchsaum in Bewegung gesetzt wurde. Das Ertrinken beginnt! erläuterte Hill. Das Maul der Tiere war weit geöffnet, vor den Nasen- und Mundöffnungen bildete sich Schaum, die Gesichter wurden blau, die Pupillen stark vergrößert. Nur mit großer Anstrengung vermochten die Tiere noch zu atmen. Immer langsamer und schwächer wird die Atmung, bis eine Katze nach der anderen vor Erschöpfung umfällt. Einige unter schweren Krämpfen und Zuckungen.
 Selbst wenn wir die Tiere jetzt aus der vergifteten Luft herausbringen, würden die meisten in den nächsten 24 Stunden sterben. Selten dauert es länger. Ein Tier starb erst 14 Tage nach einem derartigen Versuch.
 An wieviel Tieren haben Sie schon solche Versuche gemacht?
 In den letzten 2 1/2 Jahren waren es weit über 2000.
 Aber doch nicht nur Katzen?
 Nein, Katzen waren es nur wenig über 100. Am häufigsten werden Kaninchen verwendet. Weit über 1000. Dann über 400 Meerschweinchen, ebensoviel Ratten und Mäuse...
 Und alle diese Tiere sind gestorben?
 Die meisten. Etwa ein Sechstel kam mit dem Leben davon. Ein Fünftel starb gleich nach dem Versuch und etwa die Hälfte während der nächsten vier Wochen.
 Sind die Versuche sehr kostspielig?
 Es geht. Im letzten Jahr betrug der Haushalt unserer Station über 3 Millionen M. Im Verhältnis zum Gesamtergebnis und zu der Tatsache, daß weder Heer noch Flotte in einem künftigen Krieg die Entscheidung bringen werden, sondern die Luftwaffen und die Giftgase, muß man die Ausgaben sogar bescheiden nennen.
 Und die Wirkung ist absolut sicher?
 Unbedingt!
 Und es gibt keine ausreichenden Abwehrmittel gegen diese Giftgase?
 Keine! In einem künftigen Krieg werden die Menschen genau so exakt und sicher vernichtet wie diese Katzen hier.
 Ein scheuer Blick gleitet noch einmal zu den Tieren hinüber, von denen keines mehr ein Lebenszeichen gibt. Schweigend gehen die Menschen hinaus.
 Menschen — ? — ?
 Oder — — — ?
 Kurt Heilbut.

Wunder Rasierklinge

Läßt man eine stumpfe Rasierklinge etwa vier Wochen unbenutzt, so regeneriert sie sich wieder, daß heißt sie wird scharf. Legt man sich eine Mappe von 31 Rasierklingen an, von denen man täglich je eine benutzt und an seine Datumstelle wieder in die Mappe zurücklegt, so kann man die Klingen mehrere Monate lang benutzen, ohne sie neu schleifen zu müssen. Worauf beruht diese Erscheinung?
 Unterm Mikroskop zeigt die Rasierklinge eine nicht völlig geradlinige Form, auch wenn sie nicht gebraucht ist. Doch sind die Einbuchtungen klein. Eine gebrauchte Klinge aber zeigt zahlreiche Risse von wechselnder Gestalt. Aus diesen Rissen heraus „wächst“ der Stahl durch einen Vorgang, den man mit dem Kristallwachstum vergleichen kann — der vielleicht auch letzten Endes ein Anwachsen kleiner Eisenkristalle vorstellt —, die hinzuwachsenden sehr dünnen Schichten stellen an sich eine neue Schärfung vor, sie verdünnen zudem noch den Rand, von dem sie entsprungen sind. Dadurch wird die Klinge neuerdings scharf. Aber diese Schärfe ist stets etwas „kratzend“, weil die Schneide uneben bleibt. Die vorschließenden Teilchen füllen nämlich die durchs erste Rasieren entstandenen Einbuchtungen keineswegs ganz aus, so daß die durch Liegen scharf gewordene Klinge nicht so geradlinig begrenzt ist wie eine neue. Immerhin kann man auf solche Weise die gleiche Klinge mehrmals benutzen und spart daher im Laufe eines Jahres eine beträchtliche Summe.

Demagogik!

(Wahres Geschichtchen)

In einer Landarbeiter-Wahlversammlung ruft plötzlich ein anwesender Großgrundbesitzer dem Redner einige Male das Wort „Demagogik“ im landläufigen Dialekt zu, worauf er fluchtartig den Saal verläßt.
 Verständnißlos sehen ihm zwei Bäuerlein, denen anscheinend der Sinn des Wortes unbekannt ist, nach.
 Kleine Pause.
 Dann der eine zum andern: „Weshaalv leiv deä wech?“
 Wiederm kleine Pause.
 Darauf der andere: „Deä Buur saah doch: ‚Det ma... oog ick!‘“

wurde. Als nun eines Tages der erfüllungbringende Engel in Gestalt eines Abzahlungsreisenden zu ihr kam, konnte sie nur schwer ihre Freude unterdrücken. Das unwillkürlich aufsteigende Ungemach des hohen Preises wurde verschluckt durch die „Zugabe“ des „Nichtsofortbezahlenmüssens“. Jeden Tag nur ein „paar“ Pfennige! Also zwei Mark berappt, Unterschritt, Rechnung quittiert, bums hatte sie die heißersehnte Nähmaschine. Frau B. frohlockte. Endlich!
 Am Abend kam der Mann. Ein Donnern und Blitzen! „Die Maschine ist zu teuer!“
 „Aber denk doch, nur eine einzige Mark wöchentlich!“
 „Nichts da, die Maschine will ich nicht!“
 Tränenströme. Acht Tage lang versalzene Suppen und saure Gesichter. Dann kam der erste Mahnzettel. Er flog in die Ecke. Der zweite ebenso. Der dritte blieb mehrere Wochen aus. Ach, sie kommen jetzt die Maschine holen, hoffte man. Aber es blieb still.
 Da, eines Tages ein großer Brief mit dem Amtssiegel. Herr B. wurde rot im Gesicht, als er ihn las. „Verhandlung am soundsovielten vor dem Amtsgericht Leipzig... dort zu erscheinen...!“ stand zu lesen. Der Brief nahm den gleichen Weg wie die Mahnschreiben. Wer etwas von mir will, muß schon zu mir kommen, sagte Herr B. voller Grimm. Wiederum kam ein großer Brief mit einem Amtssiegel. Nanu, denkt Herr B. beim Lesen. „Versäumnisurteil 250 Mark... Gerichtskosten...!“ Herr B. rennt in die Sprechstunde. Wutentbrannt. Bebt vor Erregung.
 „Zeigen Sie die damalige Rechnung!“ wird ihm gesagt. „Aha, lesen Sie!“ Herr B. liest: „Erfüllungsort Leipzig...!“
 Nutzanwendung: Sorgfältig achte man auf Rechnungsvordrucke. Von größter Wichtigkeit ist der vereinbarte Erfüllungsort (Gerichtsstand § 38 ZPO) des beiderseitigen Kaufvertrages. „Beiderseitig“ und „vereinbart!“ Jawohl, die unbeschädigte Lieferung der Maschine, ihre Annahme und die Leistung der ersten Zahlung ganz besonders, waren teilweise stillschweigende rechtsverbindliche Verträge, zu deren Einhaltung beide Parteien gesetzlich verpflichtet sind. Ebenfalls war der Vordruck auf der Rechnung hinsichtlich des Erfüllungsortes stillschweigend durch die Annahme des Vertrages anerkannt worden. Durch diese Rechtskenntnis ist der Käufer in fast allen Fällen der Benachteiligte. Hätte die Verhandlung am Wohnort des Käufers stattgefunden, wäre die Möglichkeit eines Vergleiches nicht unwahrscheinlich gewesen. Also Augen auf und nichts ungelesen unterschreiben!
 Peloo.



Verbandsleben



Wirb für den Verband!

Nur im Zusammenschluß liegt Kraft und Macht!
Die Wahrheit gilt es immer neu zu hämmern
In die Gehirne, die kein Kampf entfacht,
Die noch im Nebelmeer der Phrase dämmern.
Nichts kommt von selbst. Um jeden Fortschritt m.
Man immerwährend mit dem Rückschritt ringen,
Doch nicht im Einzelkampf, nur im Zusammenschl
Kann man den stärksten Feind bezwingen.

Nur im Zusammenschluß liegt Macht und Kraft!
Er ist die Macht, die jeden Angriff zügelt —
Er ist die Kraft, die Wunderwerke schafft,
Vom Drang zur Tat am Bau der Welt beflügelt.
Gleichwie ein Stausee jeden Tropfen staut,
Um dessen Kraft milliardenfach zu stärken,
Staut im Zusammenschluß, als Kraftwerk aufgebaut:
Sich Kraft an Kraft zu Riesenwerken.

Nur im Zusammenschluß in einen großen Bund
Liegt der Erfolg als Ziel vereinten Strebens.
Sind wir entzweit, gehn hilflos wir zugrund,
Brutal verdrängt vom reichen Tisch des Lebens.
Das Kapital läßt seine Tyrannei
Uns ohne Mitleid und Erbarmen spüren
Und zwingt uns roh ins Joch der Sklaverei,
Aus der dann keine Wege führen.

Drum aufgerafft! Beschwingt den Widerstand
Im großen Kampf um die gerechte Sache!
Werbt rastlos neue Streiter dem Verband,
Platz ist für alle unter seinem Dachel!
Werbt immerzu, erlahmt nicht, agitiert,
Mag das Ergebnis erst nur wenig bringen,
Wenn aber stolz die Einigkeit regiert,
Wird auch das größte Werk gelingen!

Victor Kalinowski.

Unfallschutz in Gießereien

Ein neuer Entwurf

Seit Ende 1928 wurde versucht, das Reichsversicherungsamt wie die Berufsgenossenschaften von der Notwendigkeit eines besseren Unfallschutzes in den Gießereien zu überzeugen. Es gelang mit der Zeit, die in Frage kommenden Stellen und Behörden zu überzeugen, daß die allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, soweit sie sich auf Gießereiarbeiter beziehen, nicht mehr genügen. Über den neu zu schaffenden Unfallschutz waren natürlich die Meinungen sehr verschieden. Von den Berufsgenossenschaften wurden Erhebungen veranlaßt, deren Ergebnisse die Berechtigung unserer Forderung bestätigte, das heißt daß es an der Zeit ist, durch das Reichsversicherungsamt eine Verordnung zu erlassen, um die Gesundheit der Former und Gießereiarbeiter zu schützen.

Nach den erwähnten Feststellungen über erstmalige entzündete (rentenpflichtige) Unfälle in Eisen-, Stahl- und Metallgießereien ist eine beachtenswerte Steigerung bei verschiedenen Verletzungsarten in den Jahren 1926/27 gegen 1913/14 zu verzeichnen. Die Kopfverletzungen haben sich von 4,5 auf 5,9 erhöht, die Augenverletzungen von 12,1 auf 13, die Armverletzungen von 6,8 auf 7,5 vH. Einzelne Unfallursachen hatten sich gegenüber 1913/14 in den Jahren 1926/27 vermindert, so zum Beispiel Beinverletzungen von 15,5 auf 13,8, Fußverletzungen von 24,2 auf 22,2 vH.

Die Tatsache läßt unsere Forderung als berechtigt erkennen, daß im Jahre 1928 in den Eisen-, Stahl- und Metallgießereien nach der erwähnten Feststellung nicht weniger als 26 896 Unfälle vorgekommen sind. Es sind als Fußverletzungen 9402, Handverletzungen 7843, Augenverletzungen 2190 in dieser Statistik angegeben.

Auch in einer von den Bezirksleitungen unseres Verbandes durchgeführten Erhebung waren für das Jahr 1928 insgesamt 13 498 Unfälle festgestellt, davon allein 2685 Verbrennungen = 19,9 vH. Dabei hat sich diese Erhebung nur auf eine ziemlich geringe Anzahl, meistens größerer Gießereien erstreckt.

Off wird behauptet, daß die meisten Unfälle durch Verschulden der Arbeiter verursacht würden. Das ist falsch. Mag auch da und dort ein Verschulden eines Arbeiters nachweisbar sein, so ist damit aber nicht in entzweitester der Beweis für die erwähnte Behauptung erbracht. Man kann unmöglich den Arbeiter für die Unfallursache allein verantwortlich machen. Es spielen da verschiedene Umstände mit, wie mangelnde Betriebsrichtungen, zu enge Wege, ungenügende Schutzmaßnahmen, schlechte Beleuchtung, unzuverlässiger oder fehlender Fußschutz usw. Dann darf auch die Arbeitsmethode oder die Hast nicht vergessen werden, in der Former und Gießereiarbeiter oft ihr Tagewerk verrichten müssen. Die Berechnung der Akkordpreise erfolgt meistens so, daß der Arbeiter nicht immer genügend unbillvermindernde Maßnahmen rechtzeitig treffen kann. Berücksichtigt man dies, dann wird man wohl einsehen, daß der Vorwurf selbstverschuldeten Unfalls unberechtigt ist. Den drei Metallarbeiterverbänden ist es schließlich gelungen, mit Vertretern der Berufsgenossenschaften, des Reichsversicherungsamtes, des Arbeitsministeriums und des Vereins Deutscher Eisengießereien eine Verständigung über bessere Schutzbestimmungen zu erreichen. Der Entwurf enthält 27 Paragraphen. Demnach müssen die Arbeitsräume während der kalten Jahreszeit genügend erwärmt sein, die Verwendung offener Koksöfen ist verboten. Die Wege in den Gießereien müssen eben und breit genug sein und sie sind während des Gießens freizuhalten. Bei besonders gefährlichen Arbeiten ist die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter nur unter geeigneter und zuverlässiger Aufsicht zulässig.

Zur Vermeidung von Explosionen beim Abstellen des Windes an Kuppelöfen müssen eine oder mehrere Düsen mit der atmosphärischen Luft in Verbindung stehen. Für genügende Zufuhr von Frischluft auf der Gichtöhne der Kuppelöfen ist zu sorgen. Gieß- und Transportflammen sind vor dem Gebrauch gut zu trocknen. Für die Arbeiter, die mit dem Abgießen beschäftigt werden, ist ausreichender Fußschutz vorgeschrieben; er soll Schutz gegen das Hiningeraten von Funken und flüssigem Eisen gewähren. Genügt das betreffende Schuhwerk nicht, dann ist ein zweckentsprechender Schutz zu tragen.

Die Gießputzer ist nach Möglichkeit abgesondert von den übrigen Arbeiterräumen zu halten. Beim Gießputzen ist zweckentsprechender Augenschutz zu tragen.

Über die Verwendung von Frauen in den Gießereien zeigte sich eine sehr unterschiedliche Meinung zwischen den Vertretern der Behörden und Berufsgenossenschaften und den Gewerkschaftsvertretern. Vorgesehen war, daß Frauen mit dem Abfangen und Transport flüssigen Eisens usw. sowie mit dem Abgießen der Formen nicht beschäftigt werden dürfen. Im allgemeinen sollen Arbeiterinnen auch keine Hand- oder Maschinenarbeiten vornehmen, ausgenommen Kernmachen. Da dies sich als nicht ausreichend erweist, wurden Änderungen vorgeschlagen. Deren Erledigung ist indessen noch nicht erfolgt. Bestimmungen für die Frauertätigkeit in Gießereien müssen zwingender Art sein. Das Wort soll wird, wie die Erfahrung lehrt, nur als Empfehlung aufgefaßt, die man befolgt oder meistens nicht. Die Gewerkschaftsvertreter fordern daher zwingende Bestimmungen.

Der bis jetzt vereinbarte Entwurf läßt erkennen, daß unsere Bemühungen von Erfolg begleitet waren. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Anfang 1931 durch das Reichsversicherungsamt dieser Entwurf als eine Verordnung verwendet wird, damit der Unfallschutz in den Gießereien in einer für die Arbeiterschaft nützlicheren Weise als wie bisher durchgeführt wird.

Otto Handke.

Winterarbeit in den Ortsverwaltungen

Die langen Winterabende rücken wieder heran. Da wäre es angebracht, in allen Ortsverwaltungen sich einmal lebhaft mit der Frage zu beschäftigen, ob man nicht Kurse für Gewerkschaftsmitglieder anberaumen sollte. Ich weiß, daß die Ortsverwaltungen größerer Städte in dieser Hinsicht schon mehr als die kleineren Städte getan haben. Und doch wird noch viel zu wenig gemacht, um die Gewerkschaftsmitglieder, besonders die Jugendlichen und Erwerbslosen, zu schulen.

Die Kollegen werden sagen: Es gibt doch überall Volkshochschulkurse und dergleichen, wo gewerkschaftliche Gebiete behandelt werden. Das stimmt. Aber die meisten Kollegen haben eine Abneigung gegen derartige Kurse. Das mag zum Teil darin liegen, daß in diesen Kursen nur der Dozent zu Worte kommt, der Schüler aber nur aufzumerken und zu schweigen hat. Weiterhin sind in diesen Kursen alle möglichen Berufsstände vertreten. Die Jugendlichen und auch die älteren Kollegen finden sich in dieser fremden Umgebung schlecht zurecht. Viele Kollegen haben das nötige Klassenbewußtsein noch nicht, um stolz auf seine Klasse zu sein. Viel eher findet er sich in seinem Kollegenkreise zurecht, weil er weiß, daß er dort unter seinesgleichen ist, unter Leuten, die mit ihm denken und mit ihm fühlen. Hier wagt der lernbegierige Kollege auch mal seinen Mund aufzutun, ohne daß er Angst hat, daß seine noch ungelene Darstellung allzu kritisch bewertet wird. Dadurch, daß der Kollege sieht, daß man auch seine Meinung lebhaft diskutiert, lernt er das nötige Vertrauen zu sich selbst finden. Bei öffentlichen Versammlungen wird hauptsächlich der jüngere Kollege seine Meinung zum Ausdruck bringen. Er hat es im Kreise seiner Kollegen gelernt, stolz auf seinen Stand und seine sozialistische Anschauung zu sein.

Jetzt werden aber die Kollegen der Ortsverwaltungen, die schon derartige Kurse geleitet haben, mit Recht sagen, daß die trockenen Paragraphen der Gewerbeordnung, des Betriebsrätegesetzes usw. die wenigsten Kollegen fesseln. Man muß leider anerkennen, daß dies zutrifft. In der Hauptsache sind es gewerkschaftliche Funktionäre, die derartige Kurse belegen. Die Mehrzahl der Mitgliedschaft hat noch nicht erkannt, daß die genaue Kenntnis des Arbeitsrechts sich wirksam schützt gegen Übervorteilungen seitens des Unternehmers. Aber außerhalb des Arbeitsrechts gibt es noch Gebiete, die in gewerkschaftlichen Kursen behandelt werden könnten. Auch wäre es angebracht, öfters aufklärende Vorträge über alle Gebiete des Wissens abhalten zu lassen. Allerdings dürften diese Vorträge nicht von einer einseitigen politischen Tendenz getragen sein, da dies auf einen Teil der Kollegen abstoßend wirken würde.

Es ist traurig zu sehen, wie viele der erwerbslosen Kollegen gar nicht wissen, was sie mit ihrer unfreiwilligen Ruhe anfangen sollen. Durch den andauernden Müßiggang verfallen sie dem Stumpfsein. Es wäre eine dankbare Aufgabe der freien Gewerkschaften, sich ihrer erwerbslosen Mitglieder ganz besonders anzunehmen. Mehr als bisher müssen für sie unentgeltliche Kurse stattfinden. Darüber hinaus müßte vom Vorstand eine bestimmte Summe zur Verfügung gestellt werden, um wöchentliche oder vierzehntägige Kurse nur für Erwerbslose stattfinden zu lassen. Die so erstellten und geschulten Mitglieder werden ganz bestimmt ihr Wissen nutzbringend für die gewerkschaftliche Idee verwenden.

Diese Anregungen mögen dazu dienen, um in den Ortsverwaltungen eine rege Erörterung über all diese Fragen zu entfachen.

V.D.-Essen.

Jubilärfest in Breslau

Die Verwaltungsstelle Breslau konnte 218 Jubilare ehren, die 25 und mehr Jahre Mitglieder unseres Verbandes sind, darunter drei Frauen. Für die Ortsverwaltung hielt der Kollege Kuhnert eine kurze Ansprache, in der er die zu feiernde Tat der 218 Kollegen würdigte, die ihnen Selbstverständlichkeit war für die Besserung der Lage der in der Eisen- und Schwerindustrie Werkenden. Er wies darauf hin, daß vor 25 Jahren die Zugehörigkeit zu einem Verband nicht so leicht war wie heute, und daß dies ein Ansporn für die Jugend sein müsse, den Alten nachzueifern. Er wünscht, daß die 25jährige Tätigkeit aber nicht als Anlaß genommen werde, sich nun auszuruhen, sondern die Jugend für die weiteren Aufgaben zu erziehen. Begeistert stimmten die Festteilnehmer in das Hoch auf den DMV ein.

Genz in den Rahmen der Feier paßte ein kurzes Spiel der Jugendgruppe des Verbandes „Aussperrung im Jahre 1906“, das in großen Zügen einen heklennütigen Kampf des Vortrupps des Proletariats in Erinnerung rief, an dem die Jubilare noch selbst teilgenommen hatten. Arbeitersinger und -sportler hatten sich auch in den Dienst dieser Feierstunde gestellt. Kollege Kinast dankte im Namen der Jubilare und schloß mit dem Ruf: Nur Einigkeit und Treue zum Verbands macht stark!

Die Bestätigung der Gehag 1930. Die von den Gewerkschaften geschaffene und zur Dewag gehörige Engagements-Gehag in Berlin kann auf einen ununterbrochenen Erfolg seit Jahren zurückblicken. Tausende von Wohnungen hat sie in der Reichshauptstadt und deren Umgebung gebaut. Sogar in der schwierigsten Zeit, wie die gegenwärtige, ist es der Gehag möglich, eine umfangreiche Bestätigung zu entwickeln. Im Jahre 1930 werden fertiggestellt oder sind im Bau 3499 Wohnungen, davon 2617 Stockwerkswohnungen und 682 Einfamilienhäuser. Dazu kommen noch 560 Wohnungen in Betreuungshäusern für Genossenschaften. 936 vH der in diesem Jahr geschaffenen Wohnungen sind Kleinwohnungen bis zu 2½ Zimmern. Die Tätigkeit der Gehag hat weit über Berlin hinaus Anerkennung gefunden. Die Gewerkschaften zeigen hier durch eine von ihnen geschaffene Gesellschaft, wie das Wohnungsproblem praktisch zu lösen ist.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 23. November ist der 48. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. November 1930 fällig

Im Hauptbüro unseres Verbandes sind

einige Stellen

zu besetzen. Wir suchen:

1. einen journalistisch befähigten Mitarbeiter, dem das Zeitungsarchiv untersteht,
2. einen Mitarbeiter für sozialpolitische Angelegenheiten, insbesondere für die Behandlung der Fragen des Gesundheitsschutzes und der Unfallgefahr in der Metallindustrie,
3. einen Mitarbeiter für Lichtbild und Filmabteilung,
4. eine Kollegin für alle Arbeiterinnenfragen in der Metallindustrie.

Die Bewerber müssen eine mindestens fünfjährige Verbandsmitgliedschaft bzw. eine fünfjährige gewerkschaftliche Zugehörigkeit und Tätigkeit nachweisen, über eine gute Allgemeinbildung verfügen und eine gute Kenntnis der Arbeiterbewegung sowie der inneren und der äußeren Einrichtungen des Verbandes besitzen.

Mit der Bewerbung ist ein Lebenslauf einzureichen, aus dem die bisherige Tätigkeit ersichtlich ist.

Der Bewerbung ist ein besonderer Aufsatz beizufügen, der die Aufgaben und die Tätigkeit des Postens behandelt, für den sich der (die) Betreffende bewirbt. Die Anstellung erfolgt nach der Beschlüssen der Verbandstage.

Bewerbungen sind längstens bis zum 6. Dezember d. J. in verschlossenem Umschlag, der die Aufschrift „Bewerbung“ trägt, an den Vorstand, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148, einzureichen.

Gestohlen wurde:

- Mitgliedsbuch-Nr. 5.584 118, lautend auf den Former Fritz Hampel, geb. am 26. Sept. 1908 zu Paunsdorf (Leipzig).
- Mitgliedsbuch-Nr. 5.930 588, lautend auf den Dreher Walter Oertel, geb. am 31. Oktober 1908 zu Möckern (Leipzig).
- Mitgliedsbuch-Nr. 6.236 992, lautend auf den Werkzeugmacher Kurt Lange, geb. am 21. Mai 1910 zu Leipzig. (Leipzig).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuziehen!

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln D.;
von Metalldruckern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.;
von Silberarbeitern nach Burgdorf i. Hann. A. u. St.;
von Werftarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln D.
L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge zur Verhängung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand einzureichen werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzubohlen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Verbandsanzeigen

Firmasens. Da in der Verwaltungsstelle viele Kollegen arbeitslos sind, kann an durchreisende Kollegen ein Lokalgeschenk nicht mehr verabreicht werden.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Oktober

Krankenkasse:	
Einnahmen	187 477,45 M
Ausgaben	47 963,49 M
Mehreinnahmen	139 513,96 M
Kassenbestand am 1. Oktober 1930	1 721 258,48 M
Kassenbestand am 31. Oktober 1930	1 860 772,44 M

Sterbekasse:	
Einnahmen	79 638,92 M
Ausgaben	27 789,27 M
Mehreinnahmen	51 849,65 M
Kassenbestand am 1. Oktober 1930	1 567 355,91 M
Kassenbestand am 31. Oktober 1930	1 619 205,56 M

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im November 1930.

Der Vorstand

Krise in der französischen Metallindustrie

Von Adalbert Wajdits Kapuvári-Paris

Die Krise in der französischen Auto- und Metallindustrie ist nun eingetreten. In Industriekreisen hofft man noch, der Geschäftsstockung ausweichen zu können, und man erwartete von der internationalen Autoausstellung eine Rettung. Die Ergebnisse dieser Autoausstellung sind jedoch rein „moralische“ geblieben; auch die darauffolgende Motor- und Fahrrad-Ausstellung brachte keine Besserung.

In Arbeiterkreisen wußte man genau, daß unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen, in der Zeit des vollständigen Tiefstandes der Weltwirtschaft, auch die französische Auto- und Motorradindustrie mit einer Stockung zu rechnen haben werde, und lange vor den beiden Ausstellungen befaßte sich der Metallarbeiter-Verband mit der Frage, wie die drohende Krise zu überwinden wäre.

Die Forderung des Internationalen Gewerkschaftskongresses nach der vierundvierzigstündigen Arbeitswoche muß infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise als ein Weg zur Besserung betrachtet werden, der allein jedoch nicht über die drohende Arbeitslosigkeit hinwegführen kann, und so müssen die französischen Metallarbeiter noch zu anderen Mitteln und Wegen greifen.

Schon vor den beiden internationalen Ausstellungen gewährte man die ganze Größe der drohenden Gefahr. Die größten französischen Autofabriken begannen ihr Personal zu entlassen, man gab den Arbeitern langfristige Ferien, vertröstete sie auf eine baldige Besserung. Diese Besserung trat jedoch nicht ein, die Ausstellungen brachten keine Massenbestellungen, und man sah nach so viel Jahren guten Wirtschaftsganges zum ersten Male wieder Arbeitssuchende vor den Fabriken stehen. Die Lage hat sich dann insofern geklärt, daß die französischen Arbeiter eingesehen haben, daß es mit dem guten Geschäftsgang vorläufig doch aus ist.

Die Gewerkschaftszentrale, die Gefahren wahrnehmend, die unmittelbar die Arbeiterschaft bedrohten, hat nun beschlossen, das Arbeitsministerium zu ersuchen, den Zuzug von fremden Arbeitern bis auf weiteres strengstens zu verbieten. Die hier in Frankreich arbeitenden fremden Arbeiter nahmen diesen Beschluß als eine gegen die fremden Arbeiter abzielende ungewerkschaftliche und unkollegiale Handlung auf, obwohl die Gewerkschaftszentrale in ihrem Beschluß unterstrich, daß ihr Vorgehen nur unter dem Drucke der wirtschaftlichen Not geschehen sei, und sie betonte, daß dieser Beschluß nicht als eine gegen die internationale Solidarität verstoßende Handlung betrachtet werden dürfe.

Man darf nicht vergessen, daß nach der Erhebung des Arbeitsministeriums zurzeit in Frankreich rund zwei Millionen Arbeiter fremder Nationalität arbeiten. Gegen die Einführung fremder Arbeitskräfte haben nationalistische Kreise seit jeher Stellung genommen, und stets mußten die Gewerkschaften für die Zulassung fremder Arbeiter und ihre Arbeitsbedingungen eintreten. Mit der Zeit wurde jedoch die Lage in der Metallindustrie kritisch. Die Gewerkschaften haben mit einem Male gegen zwei Fronten zu kämpfen: auf der einen Seite mit den französischen Nationalisten und Bolschewiken und auf der anderen Seite mit den Massen der unorganisierten ausländischen Arbeiter, die aus Ländern stammen, wo sie jahrelang arbeitslos waren und sich nie um die gewerkschaftliche Organisation gekümmert haben, und nun in Frankreich um jeden Lohn zu schaffen gewillt waren, um so den Sorgen und dem Elend zu entgehen. Die fremden Arbeiter sind in ziemlicher Anzahl zu Lohn-drückern geworden, was den französischen Unternehmern die Mißhandlung der eingeborenen Arbeiter erleichterte. Jetzt nun bei der beginnenden Wirtschaftskrise haben die Unternehmer zuerst die französischen Arbeiter entlassen, während sie die fremden Arbeiter behalten haben, die infolge ihres Unorganisiertseins unter den von der Gewerkschaft vertraglich festgesetzten Löhnen arbeiten. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, wenn die Mißstimmung gegen die fremden Arbeiter tief in den Kreisen der sonst stark international denkenden französischen Metallarbeiter Platz greift.

Die Folgen der Wirtschaftskrise zeigten sich in Frankreich in den Metallgewerben unmittelbar nach den beiden Ausstellungen. Die größte der französischen Autofabriken, Renault, hat gleich nach dem Schluß der Autoausstellung 5000 Metallarbeitern gekündigt. Die zweitgrößte Fabrik, Citroën, hat schon vor der Ausstellung mehrere tausend Arbeiter entlassen, die sich teilweise noch in den Provinzunternehmungen unterbringen konnten. Mehrere tausend Arbeiter werden jetzt entlassen, und die kleineren Fabriken folgen dem Beispiel der großen, von denen sie abhängig sind.

Dies alles geschah und geschieht, ohne die Gewerkschaftszentrale zu Rate gezogen und ohne die Lage geprüft zu haben, ohne versucht zu haben, ob in dieser höchst kritischen Zeit der Krise nicht mit anderen Mitteln zu begegnen ist. In der Provinz, hauptsächlich bei den Hochöfen, die besonders schwer durch diese Weltkrise betroffen wurden, hat man die Arbeitszeit auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Man arbeitet dort — und auch in anderen Betrieben — 30 und 24 Stunden die Woche, aber man arbeitet, ohne einen einzigen Arbeiter brotlos gemacht zu haben, während die Betriebe in Paris und der nächsten Umgebung, besonders die Mammutunternehmungen, ihre Arbeiter entlassen, ohne eine andere Lösung gesucht zu haben.

Wir verstehen nun, weshalb der Metallarbeiter-Verband sich entschließen mußte, das Arbeitsministerium zu ersuchen, den Zuzug von fremden Arbeitern zu verbieten. Allerdings ist mit diesem Beschluß die Krise nicht kleiner geworden, im Gegenteil, und die Zahl der Arbeitslosen in der Metallbranche wächst von Tag zu Tag.

Die Verhältnisse in der Bauindustrie sind besser, und viele der arbeitslosen Metallarbeiter werden durch sie aufgesogen. In Bauarbeiterkreisen sieht man jedoch auch die Gefahr einer nahen Krise, die für Hunderttausende von ausländischen Arbeitern eine Katastrophe bedeuten wird, da in dieser Industrie gerade die große Mehrheit aus landesfremden Arbeitern besteht. Allerdings kann die Arbeitslosigkeit, die zu einer Welterscheinung geworden ist, kaum mit nationalen Maßnahmen gebannt werden.

mit Hilfe der privaten Unternehmer lösen, sie zur Beschleunigung der Rationalisierung durch arbeitsparende Maschinen usw. antreiben, obwohl er wußte, daß dadurch zunächst noch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit entstehen muß. Er glaubte aber die Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie auf diesem Wege sichern zu können und wollte dafür die vermehrte Arbeitslosigkeit und deren schwere Folgen für den inneren Markt in Kauf nehmen.

Der Ausfuhrsteigerung soll noch der engere Zusammenschluß Englands mit den Gliedern des britischen Reichs dienen, eine Bestrebung, die sowohl von den Gewerkschaften wie der Arbeiterpartei stark gefördert wird. Für die Erreichung dieses Zieles gibt es aber verschiedene Wege. Der eine wäre, den britischen Dominions Vorzugszölle für deren Einfuhr nach England zu gewähren. Dazu wäre aber die Einführung von Zöllen auf Lebensmittel und Rohstoffe in England erforderlich, die die Lebenshaltung der Bevölkerung verteuern und damit die Belegung des inneren Marktes erschweren würden. Indessen könnte man den Tochterstaaten als Entgelt für die gesteigerte Aufnahme englischer Waren Vorteile bieten, die diese Folgen nicht haben würden.

Für das Problem der Arbeitsbeschaffung stellte die Regierung auf dem Kongreß die Entlassung des städtischen Arbeitsmarktes durch Schaffung großzügiger Siedlungen in den Vordergrund. Sowohl der Ministerpräsident als auch der Landwirtschaftsminister legten auf diesen Punkt das entscheidende Gewicht. Letzterer entwickelte ein ausführliches Programm dafür: Von einem staatlichen Siedlungsamt sollen Siedlungsstellen angeschafft, die Siedler mit Saatgut und Geräten versorgt werden. Staatliche Mustergüter sollen den bisherigen Industriearbeitern Anleitung für die landwirtschaftliche Tätigkeit geben. Den Siedlern soll die Arbeitslosenunterstützung zunächst weitergezahlt werden.

Neben der Förderung des Siedlungswesens wurde auf dem Kongreß das größte Gewicht auf die Ausdehnung und Beschleunigung der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand gelegt. Die vom Kongreß angenommene Resolution empfiehlt nebst Erweiterung der öffentlichen Arbeiten die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige, vor allem der Elektrizitätsindustrie. Die Vorschläge Mosleys für die Arbeitsbeschaffung gehen viel weiter und es ist bezeichnend für die Stimmung des Kongresses, daß sie gegenüber der vom Vorstand unterstützten Resolution nur mit einer geringen Stimmenzahl in der Minderheit blieben. Mosley will den Arbeitsmarkt durch eine wesentliche Erhöhung der schulpflichtigen Alters und durch Pensionierung der über 60 Jahre alten Arbeiter entlasten und den Umkreis der öffentlichen Arbeiten erheblich erweitern. Dazu fordert er die Aufnahme einer Anleihe von 4 bis 5 Milliarden M, durch die 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Er verlangt die Errichtung eines nationalen Wirtschaftsdiréktoriums, das die Arbeitskräfte selbst heranziehen und den Erlös der Anleihe selbständig verwenden soll. Anstelle der privaten Kapitalbildung soll die Förderung der Kapitalbildung bei der öffentlichen Hand treten.

Die deutsche Arbeitslosigkeit unterscheidet sich durch verschiedene wichtige Umstände von der englischen. Die Rationalisierung der Produktion wurde in Deutschland viel weiter getrieben als in England, die arbeitsparende Maschine verdrängte mehr Arbeitskräfte in Deutschland als dort. Die Ausfuhr, so wichtig sie auch für Deutschland sein mag, hat hier nicht das Gewicht wie in England, zumal sie gerade infolge der Rationalisierungserfolge trotz der Krise der Weltwirtschaft viel widerstandsfähiger blieb. Wenn nun der englische Gewerkschaftskongreß in der Frage der Arbeitsbeschaffung zu dem Schluß gelangte, daß diese von der Belegung des inneren Marktes abhängt und für diesen Zweck vermehrte Tätigkeit des Staates zur Organisation der Produktion und zur Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand forderte, um wieviel mehr muß diese Forderung für Deutschland zutreffen!

Der verhängnisvolle Unterschied ist nur, daß in England eine Arbeiterregierung am Ruder ist, die, wenn sie auch als Minderheitsregierung keine freie Hand hat, so doch einen Teil der Forderungen, die auf dem Kongreß gestellt wurden, zu verwirklichen vermag, während in Deutschland die soziale Reaktion sich politische Machtpositionen sichern konnte und eine „Wirtschaftspolitik“ treibt, die die Arbeitsbeschaffung, statt zu fördern, hintertreibt. A. H.

Weltarbeitslosigkeit

Das Internationale Arbeitsamt bereitet eine wichtige Veröffentlichung über die Ausdehnung und Gründe der Arbeitslosigkeit vor. Inzwischen werden regelmäßige Zählungen über die Arbeitslosigkeit in allen Ländern vorgenommen. Nach der neuesten Erhebung gab es Ende August in den erfaßten Industriestaaten 15 Millionen Arbeitslose. Die größte Arbeitslosigkeit herrscht in Deutschland, England und in den Vereinigten Staaten. Aber auch in den anderen Ländern war sie nicht gering. So weist Österreich um diese Zeit 156 000 unterstützte Arbeitslose auf, die Tschechoslowakei mit 38 000, Belgien mit 15 000, Italien mit 400 000, Holland mit 25 000, Schweden mit 26 000 vertreten. In Frankreich gab es Ende August nur 965 Arbeitslose.

Wie man sieht ist die Arbeitslosigkeit in den erfaßten Ländern sehr verschieden. Es handelt sich hier um Vollerwerbslose, das heißt Erwerbslose, die Unterstützung beziehen. Wollte man alle Erwerbslosen in diese Statistik einbeziehen, so wäre mit einer Gesamtzahl von mindestens 20 Millionen zu rechnen.

Ende Oktober waren der Internationale Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Arbeiterinternationale beisammen, um über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beraten. In einer Entscheidung werden entsprechende Vorschläge gemacht. Vor allem wird gewarnt vor der Senkung des Reallohns und dafür eine Erhöhung der Massenkaukraft, Erhaltung und Ausbau einer hinreichenden Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Arbeitslosen und Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Als Grundursache bezeichnet die Konferenz: „Der Fluch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das periodisch neue Krisen erzeugt, die geringe Stabilität des Friedens, die Vorstöße des Faschismus und andere politische Störungen sind die Hauptursachen des gegenwärtigen Notstandes der arbeitenden Massen.“ Zu einem Abwehrkampf gegen alle diese Dinge wird aufgerufen. Die Weltarbeitslosigkeit ist groß. Sie kann nur durch tatkräftiges Anpacken gemildert werden. Dazu sind nur Leute imstande, die nicht von Profitsucht bewegt werden.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

Die Arbeitslosigkeit in England

Lösungsversuche der Arbeiterpartei

Unter den drei großen Industrieländern, die von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen sind, befindet sich England, wo die Zahl der Arbeitslosen Ende September 2 161 689 betrug, darunter 613 358 zeitweilig Arbeitslose, das heißt solche, die wöchentlich weniger als drei Tage arbeiten und die Aussicht auf Wiedereinstellung innerhalb von sechs Wochen haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist heute um 980 000 größer als vor einem Jahr. Allein in der Baumwollindustrie, in der heute 46 vH erwerbslos sind, stieg die Arbeitslosenzahl von 82 000 vor einem Jahr auf 300 000. Der Wirtschaftspolitiker der englischen Arbeiterpartei, W. S. P. prophezeit das Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Winter auf 3 Millionen.

Woher kommt die gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit? Der Ministerpräsident Macdonald hat dafür die Weltwirtschaftskrise verantwortlich gemacht. England ist ein Ausfuhrland größten Ausmaßes, und wenn seine Ausfuhr stark zurückgeht, so muß auch der Beschäftigungsgrad zusammenschrumpfen. Gegenüber 1913 ist aber die englische Ausfuhr um 20 vH gesunken. Da nun die Agrarländer, in die England seine Waren ausführt, infolge des Zusammenbruchs der Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte und aus Kapitalmangel nicht genug kaufähig sind, geht die englische Ausfuhr weiter stark zurück. Zu den Schwierigkeiten, die sich für die englische Ausfuhr aus dem Entstehen neuer Industrien in überseeischen Ländern entstanden, gesellt sich jetzt der Kaufkraftmangel in diesen Ländern. Die Hindernisse der internationalen Kapitalbewegungen haben diese Ausfuhrkrise noch verschärft. Diese Schwierigkeiten werden nicht aufgewogen durch den sehr verbilligten Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen, die sich im Freihandelsstaat England viel stärker fühlbar machen als anderswo, obwohl die Senkung der Lebenshaltungskosten auch in England der Preissenkung im Großhandel nur langsam und unzulänglich nachhinkt. Auch die vermehrte Kaukraft der Einnahmen des englischen Kapitals aus ihren Auslandsforderungen kann keinen Ersatz für die Abnahme der Ausfuhr bieten.

Die Arbeitslosigkeit der in den Ausfuhrindustrien beschäftigten Arbeiter führte zur Verminderung der Massenkaukraft und überpflanzte sich dadurch auch auf Industriezweige, die vornehmlich den inländischen Bedarf befriedigen. Verschärft wurde die Arbeitslosigkeit auch in England durch die Vertrauenskrise. Auch die englischen Unternehmer versagten bei der Arbeitsbeschaffung. Die Kurse der Aktien gehen infolge der Produktions-

einschränkung auch auf den englischen Börsen stark zurück, die Gewinne der Industrieunternehmungen drohen abzunehmen. Deshalb unterbleibt die Ausdehnung der Produktion, die für die Unterbringung der Erwerbslosen nötig wäre.

Bezeichnend für das Überwiegen dieser Ansichten war die Niederlage des früher so volkstümlichen Ministers Thomas, der in die neue Exekutive nicht wieder gewählt wurde, und der Sieg des an seine Stelle gewählten Sir Oswald Mosley. Thomas war früher Minister für Arbeitsbeschaffung. Seine Niederlage kann zwar auch aufgefaßt werden als die Quittung der Tatsache, daß es ihm nicht gelang, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Man war jedoch mit den Methoden von Thomas auch sonst unzufrieden. Er wollte die Arbeitslosigkeit vornehmlich



Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

